

Herausgeber: Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik. Erika Beltz, Michael Beltz, Achim Bigus, Johannes Magel, Renate Münder, Tina Sanders, Hans-Günter Szalkiewicz, Wolfram Triller, Hans Heinz Holz (1927–2011)

Renate Münder

EDITORIAL

Es ist Krieg, Bürgerkrieg – und die Mehrheit der Linken in diesem Land verfolgt die Entwicklung mit Sorge, handelt aber nicht. Ein Land wird Handlangern des Imperialismus und faschistischen Mörderbanden ausgeliefert – und die Mehrheit der Linken in diesem Land setzt dem nichts entgegen. Es ist ja nicht der erste Bürgerkrieg, es ist nicht das erste Mal, dass in einem europäischen Land Faschisten an der Regierung beteiligt sind. Wirkung tut auch die Wiederbelebung eines alten Feindbilds: von der russischen Despotie zur Stalinschen *Terrorherrschaft*, und nun soll ein neuer Diktator, der in die Nähe von Hitler gerückt wird, sein Unwesen treiben – die Linken winden sich unbehaglich, ohne zu widersprechen. Um Bevölkerung und Parteimitglieder von SPD und Grünen für die Beteiligung am Krieg zur Zerschlagung Jugoslawiens zu gewinnen, musste noch Auschwitz bemüht werden. Inzwischen kämpft die Bundeswehr verantwortungsvoll für die Menschenrechte in aller Welt.

Also *business as usual* bei der Ukraine? Wieviel Faschismus darf sein im Kampf um die Neuaufteilung der Welt? Das deutsche Finanzkapital schreckt vor nichts zurück. Selbst die Gefahr eines Krieges wird in Kauf genommen. Die deutschen Linken sind gelähmt, wenige finden die richtigen Worte. Aber richtige Worte allein genügen nicht. Die Erklärung des Parteivorstands der DKP zur Ukraine muss umgesetzt werden, Gruppen der Partei und der Friedensbewegung aktiviert – nutzen wir das Pressefest, die brennenden Fragen zu

diskutieren! Überlegen wir, wie wir die Menschen mobilisieren können gegen die Massaker in der Ost-Ukraine. Wie wir die Menschen mobilisieren können gegen die deutsche Regierung, die sich mit Faschismus und Kriegsrisiko für die Interessen der Monopole einsetzt. Hans-Günter Szalkiewicz und Klaus Linder nehmen engagiert dazu Stellung, liefern viele Argumente. Dagmar Henn informiert über die Aufständischen, die die Umstände zwingen, Schritte hin zum Sozialismus zu machen.

Das Thema Antifaschismus liegt da ganze nahe. So sollten wir überprüfen, welche Mängel und sogar Fehlorientierungen der Antifaschismus in Deutschland in Sachen Ukraine aufweist, und wie diese überwunden werden können. Seit drei Nummern der T&P führen wir die Diskussion über die Formen des antifaschistischen Kampfes, wir setzen sie fort mit Beiträgen von Mischa Aschmoneit, Mathias Meyers und der AG Antifaschismus und Antirassismus der SDAJ. *Eine* Gemeinsamkeit fällt auf: Antifaschismus und Antikapitalismus – auch Antiimperialismus – gehören zusammen. Wie das geht, ohne sich zu isolieren und trotzdem Bündnispartner zu gewinnen – vor dieser Aufgabe stehen wir.

Inge Humburg und Stephan Müller führen eine spannende Diskussion, wie das Buch von Lohoff und Trenkle – Autoren der Krisis-Gruppe – zu bewerten sei, ob dem Kapital nicht die wertschöpfende Arbeit ausgehe angesichts der wachsenden Bedeutung des fiktiven Ka-

pitals. Angesichts des Schulungsthemas der DKP, Lenins „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus“, haben wir den „Holzianer“ – wie er sich selbst nennt – Hannes Fellner von der PdA Österreichs gebeten, den umstrittensten Satz daraus: „Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist“, zu analysieren. Wer sich da nicht für fit hält, sollte den Artikel unbedingt lesen! Abgeschlossen wird das Heft mit zwei gewerkschaftlichen Themen: zum einen über die aggressiven Weltmarktpläne des Siemens-Konzerns auf Kosten der Belegschaft, zum andern der Literaturtipp: Wir empfehlen diesmal – nicht unkritisch – das Buch eines Autorenkollektivs: „DGB heute – Ordnungsfaktor, Gegenmacht, Auslaufmodell?“ – eine Frage, die über das zukünftige Kräfteverhältnis in der Klassengesellschaft entscheiden wird



HÄNDE WEG VON DER UKRAINE!

Der Faschismus kehrt nach Europa zurück – nein, es ist nicht das erste Mal, dass in einem europäischen Land Faschisten an der Regierung beteiligt sind. Aber die neue Regierung der Ukraine, durch einen Putsch an die Macht gekommen, offenbart frech ihre terroristische Natur, jagt Juden, Antifaschisten und Kommunisten, verfolgt, verbrennt sie, schlägt sie tot, sich stolz ihrer Mاسaker rühmend. Dass diese Handlanger der Oligarchen und der Imperialisten die Regierung übernehmen konnten, daran ist entscheidend der deutsche Imperialismus beteiligt. Ohne die von Deutschland geführte EU könnte der „neoliberale-faschistische Block“, so die ukrainische Organisation *Union Borotba*, die Ukraine nicht ins Verderben stürzen. Allerdings ist es nicht – wie geplant – ihr Mann, der an der Spitze steht, sondern der des US-Imperialismus.

Dieser will „die Ukraine zu einem permanenten Krisengebiet unterhalb der Kriegsschwelle verwandeln“ [1] und treibt damit den deutschen Imperialismus vor sich her, dessen Doppelstrategie – einerseits mit Russland Geschäfte zu machen, andererseits möglichst viele Staaten rings um Russland gegen dieses in Stellung zu bringen – zunehmend dadurch gefährdet wird. Im Gegensatz zur Propaganda, nach der „der Westen“ angeblich geschlossen für Freiheit und Demokratie in der Ukraine eintritt, tobt in Wirklichkeit ein heftiger Konkurrenzkampf vor allem zwischen den USA und Deutschland. Es geht um die Dominanz nicht nur über die Ukraine, sondern über ganz Osteuropa. Die Imperialisten wetteifern, wer am besten die Eskalation vorantreiben kann.

Das offensive Eingreifen in der Ukraine zugunsten der ultrareaktionären und faschistischen Kräfte ist der zweite Tabubruch des deutschen Imperialismus auf außenpolitischem Gebiet nach 1990, dem Jahr der Einverleibung der DDR. Mit seiner Beteiligung am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien und dessen Zerschlagung – jenes Staates, der aus dem Kampf gegen den deutschen Faschismus hervorgegangen war – beansprucht er erneut einen führenden Platz auf der weltpoliti-

schen Bühne. Und mit der Installierung einer Regierung, die von Faschisten dominiert wird und ihnen die Kontrolle über Polizei und Militär überlässt, wird offenbar, dass das deutsche Finanzkapital für seine Interessen im Machtkampf gegen seine imperialistischen Konkurrenten vor nichts zurückschreckt. Das sollte uns erschrecken. Das betrifft uns selbst.

Der Aktionstag am 31.5.2014 war ein wichtiger Auftakt, doch er bewies: Die deutsche Linke ist nicht in der Lage, die Politik der Herrschenden zu entlarven, die Medienhetze zu durchbrechen und die Arbeiter- und demokratische Bewegung in ausreichendem Maße zu mobilisieren. Die Ursachen sind eine erschreckende Unkenntnis der Verhältnisse, die zur Verharmlosung und sogar Verherrlichung der ukrainischen Faschisten geführt hat, und vor allem fehlende Klarheit über Russland. Verantwortlich seien alle Imperialisten – auch Russland werden imperialistische Interessen unterstellt.

Damit beteiligt sich die deutsche Linke – wie schon einmal vor 1914, als Bebel einen Krieg gegen das zaristische Russland wegen der dort herrschenden Barbarei gerechtfertigt sah – am Aufbau eines Feindbildes Russland. Die Ukraine ist aber auch ein Testlauf mit dem Ziel Russland: „Wer Kiew hat, kann Russland zwingen.“ [2]

Auch innerhalb der DKP gibt es Widersprüche, wie der Genosse Hans-Günter Szalkiewicz in einem Brief vom 25. Mai 2014 (siehe nächste Seite) an die Vorstände der DKP, KPD, des Revolutionären Freundschaftsbundes, den Sprecher der Kommunistischen Initiative Gera 2010 und weiteren Genossinnen und Genossen darstellt. Er fordert zur Diskussion über die Konfliktsituation in der Ukraine und ihre Verursacher auf. Der Brief kann hier nur stark gekürzt wiedergegeben werden. Die entscheidende Feststellung darin ist, dass Russland nicht der Aggressor ist und auch keine Teilverantwortung für die Situation trägt. Eine Gleichsetzung Russlands mit den imperialistischen Hegemonialmächten wird scharf zu-

rückgewiesen und die Interessengleichheit der Antifaschisten mit Russland in der Ukrainefrage betont. Das muss nicht zu der Schlussfolgerung führen, Russland sei generell eine Friedensmacht. Man muss auch nicht alle Positionen des Briefes teilen, um festzustellen, dass es angesichts der bestehenden Verwirrung einen Schritt nach vorne bedeutet, wenn eine klare Positionierung erfolgt gegen die Behauptung, Russland sei der Aggressor, wenn zur Unterstützung der Antifaschisten in der Ukraine aufgerufen und die wachsende Kriegsgefahr deutlich benannt wird. Mit dem Brief ist eine wichtige Diskussionsgrundlage gegeben – wir wollen aber der Diskussion, zu der der Verfasser aufruft, nicht vorgreifen. Der Nachweis, dass Russland kein imperialistisches Land ist, bedarf allerdings einer fundierten Analyse auf der Grundlage der Leninschen Imperialismustheorie und wird einige Arbeit erfordern.

Es geht um das Überleben der Bevölkerung, es geht um die Abwendung einer faschistischen Diktatur. Es geht darum, einer Entwicklung entgegenzutreten, die „die Möglichkeit eines großen Weltbrandes“ näher rücken lässt, wie Hans-Günter Szalkiewicz feststellt. Sevim Dagdalen hat im Bundestag Brecht zitiert: „Wer die Wahrheit nicht weiß, der ist bloß ein Dummkopf. Aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher.“ Das ist fortzuführen: Wer sie weiß und nicht handelt, der kommt seiner Verantwortung gegenüber seiner Klasse nicht nach. Hört den Hilferuf: **„Lasst es nicht zu, dass sie uns töten!“**

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Rainer Rupp, Ziel Moskau, in jW vom 15.5.2014, S. 10
- [2] Der spätere Staatssekretär und Reichskanzler Bernhard von Bülow 1887. In Reiner Zilkenat: Wer Kiew hat, kann Russland zwingen, aus: Weltkriege, Beilage der jW vom 7.5.2014: Die Ukraine und die deutschen Kriegsziele im Ersten Weltkrieg



UKRAINE – ANALYSE DER KOMMUNISTEN GEFRAGT

Liebe Genossen, die Ereignisse in der Ukraine bewegen die Menschen in der BRD offenbar stärker als die politischen und militärischen Vorgänge in Jugoslawien, Afghanistan, dem Irak, Libyen und Syrien, obwohl sie die Kette von imperialistischen Aggressionen darstellen, die die Tendenz aufweisen, in einen Dritten Weltkrieg zu münden. Jedenfalls deutet die Flut von Erklärungen zu dieser Situation auf etwas mehr deutsche Sensibilität hin. Was dazu in den bürgerlichen Medien geschieht, ist in den wesentlichen Zügen das, was wir bei allen imperialistischen Aggressionen kennengelernt haben. Das Verschießen von Nebelgranaten der Lüge und der Desinformation, durch die die normale Welt auf den Kopf gestellt worden ist. Wie klar liegt heute die politische und propagandistische Provokation auf dem Tisch, die mit dem Vorfall um den Sender Gleiwitz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges inszeniert worden ist. Aber kaum gibt es eine neue Situation, scheinen die Erfahrungen vergessen zu sein.

Wenn wir uns darüber einig sein sollten, dass sich die Konfliktsituation in der Welt in einer Weise verschärft, dass die Möglichkeit eines großen Weltbrandes näher rückt, dann wird es für diejenigen, die sich zu den Marxisten zählen, Zeit ihr ideologisches und politisches Potenzial für den Kampf gegen den Krieg zu mobilisieren. Und sollte es wieder nicht gelingen, den Ausbruch des großen Krieges zu verhindern, dann wäre doch auch wieder in aller Konkretheit die Frage nach der Umwandlung des imperialistischen in einen revolutionären Krieg zu beantworten. (...) Das mögen große Worte sein. Aber, selbst, wenn wir „einen Gang zurückschalten“, verharren die Erklärungen der kommunistischen und marxistischen Kräfte in Deutschland, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, auf einem Niveau, das der politischen Situation nicht gerecht wird. (...)

Einschätzung durch kommunistische Kräfte

In einem gemeinsamen Flugblatt der Kommunistischen Initiative Gera 2010, der Organisation für den Aufbau einer

Kommunistischen Arbeiterpartei, der Kommunistischen Partei Deutschlands und des Revolutionären Freundschaftsbundes mit dem Titel: „Willst Du den Kampf um die Ukraine bezahlen?“ sind die Sätze enthalten: „Denn wenn die neue Großmacht Deutschland, die EU und die USA die Ukraine kontrollieren, dann stehen sie direkt vor der Grenze ihres Konkurrenten, der Großmacht Russland.“ Und: „Der Kampf der Großmächte ist brandgefährlich. (...) Wir stehen nicht auf der Seite von Putin und Janukowitsch.“

Im Aufruf zum Ostermarsch von „Arbeit und Zukunft“, der mit „Frieden“ überschrieben ist, wird dieselbe Aussage in etwas abgewandelter Art verwendet: „Vor unseren Augen findet ein Machtkampf statt. (...) Man ist offen gegen die Großmacht Russland vorgegangen, der unsere Sympathien ebenfalls nicht gehören.“

Als DKP-Mitglied erlebe ich, wie im Vorfeld der Ostermärsche die Berliner Parteiorganisation mit einem großen Transparent in Erscheinung tritt, das wie selten Aufmerksamkeit und heftige Diskussionen hervorrief und hervorruft: „Hände weg von der Ukraine!“ Zu sehen sind zwei Hände, die die USA und die EU repräsentieren. Am Tag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus sind die Berliner Genossen mit diesem Transparent wieder in Treptow auf der zentralen Kundgebung. Diesmal taucht dazu noch ein Kleintransparent auf: „Solidarität mit Russland!“, mit dem gegen die Rede des Berliner Landesvorsitzenden der PDL, Klaus Lederer, Front gemacht werden soll. Das alles geschieht wieder nicht ohne Einwände.

Das aber ist nicht das Problem, wenn man sich seiner marxistischen Sache sicher sein kann. Nur, das ist bei der DKP fraglich. Im Presseorgan des Parteivorstandes der DKP „Unsere Zeit“ nimmt Georg Fülberth im Vorfeld der Ostermarschaktionen (UZ vom 11.4.2014) Bezug auf ein Plakat, das dem Transparent der Berliner DKP-Genossen entspricht und erklärt: „Aus dieser Sicht fehlt dem oben erwähnten Plakat eine Hand: die Russlands. Es ist ein kapitalistischer

Staat.“ Dieser Satz vom kapitalistischen Staat wird in der DKP von „oben“ bis „unten“ wiederholt. Da Fülberth dabei mit Lenin argumentiert, für den der Erste Weltkrieg ein Konflikt imperialistischer Mächte gewesen sei, kann man dem Argumentierer unterstellen, dass er dessen Imperialismus-Analyse kennt und vielleicht auch akzeptiert. Alle, von Deutschland bis Russland, seien Imperialisten gewesen. Und dann aber – der Sprung in die Gegenwart – deshalb fehle auf dem Plakat die dritte, die russische Hand. Was danach kommt, kann die Verwirrung der DKP-Mitglieder und derjenigen, die die Zeitung darüber hinaus lesen, nur vergrößern.

Nach Fülberth wäre das betreffende Plakat unter anti-imperialistischen Gesichtspunkten zunächst durch die dritte, die russische Hand, zu ergänzen und – dann Liebknecht ins Spiel bringend – um den Hauptfeind im eigenen Land zu kennzeichnen, durch die EU „mit einem besonders dicken deutschen Daumen“. Das wirkt unerhört beeindruckend und nicht wenige DKP-Mitglieder werden dieses Bild verinnerlicht haben. Nur es ist gefährlich falsch! Falsch vor allem deshalb, weil heutzutage der imperialistischen Triade USA–EU–Japan Russland nicht zugerechnet werden kann und weil mit terminologischen Spitzfindigkeiten oder leichtfertigen Fehldeutungen die dringende Notwendigkeit antiimperialistischer Positionen und Bündnisse nicht weggeredet werden darf.

Fülberth wird – bis auf eine Lesermeinung (UZ vom 25.4.2014) – nicht widersprochen. Selbst dabei wird in der sonst sehr zu unterstützenden Auffassung die „sachlich-objektive Ausgewogenheit“ mit dem Hinweis darauf betont, „dass der Kampf gegen die NATO noch längst nicht ‚Parteinahme‘ für das kapitalistische Russland bedeutet“. In einer Erklärung der DKP von Anfang Mai zu diesem Thema (junge Welt vom 5.5.2014) wird gesagt: „Man muss kein ‚Putin-Freund‘ sein, um zu verstehen, worum es in der Ukraine wirklich geht. EU und NATO wollen an die russischen Grenzen.“ Als ob sie unter Bruch getroffener Vereinbarungen nicht schon dort ständen. (...)



Russland nicht Aggressor

Bereits am 30. März 2014 hat der Deutsche Friedensrat das Notwendige dazu gesagt: „Die Friedenskräfte sind aufgerufen, sich über den wirklichen Zusammenhang klar zu werden und konsequent darüber aufzuklären. Solche Aufklärung muss auch die kategorische Absage an alle Auffassungen einschließen, nach denen Russland wenigstens eine ‚Teilverantwortung‘ für die Eskalation der Krise trägt.“ (Friedenker, Heft Nr. 1, 14. April 2014, S. 7).

Diese Schwäche der marxistischen Kräfte – der Kommunisten und Sozialisten – ist der eigentliche Grund der Vorherrschaft der bürgerlichen Ideologie, nicht nur in Gestalt des Pazifismus. In unserem konkreten Falle wird sie markiert durch die mehr oder minder klar ausgesprochene Gleichstellung Russlands mit den imperialistischen Hauptmächten und die damit verbundene mehr oder minder offene Distanzierung zur Position Russlands und ihres Präsidenten Putin. Oft ist sie verbunden mit Unterstellungen, die im Grund genommen der Propaganda der Aggressoren entstammen unter Verwendung ihres begrifflichen Instrumentariums. (...)

Diese Erscheinung, die wir in vergleichbaren Zügen von den progressiven Kräften – die Kommunisten eingeschlossen – spätestens seit dem NATO-Überfall auf Jugoslawien kennen, entfaltet ihre Problematik mit der wachsenden Gefahr eines neuen Weltkrieges. Wenn diese Kriegsgefahr in dem Maße, wie sie unterschätzt wird, zu keinem ernsthaften Widerstand führt, tragen in erster Linie die Kommunisten in der BRD die Verantwortung dafür, nicht die Umstände oder irgendein irreführendes Volk. Diese Situation ist zunächst ein Ausdruck des Zurückweichens vor der ideologischen Attacke des Gegners. Nur, um dagegen handeln zu können, reicht diese Erklärung nicht aus, weil Widerstand dagegen bestimmte ideologische Positionen erfordert. Darum geht es und nicht um politische Schlagworte oder um allgemeine Solidaritätsäußerungen gegenüber dem von den Imperialisten und den Faschisten betroffenen Volk. Das schaffen auch die Kleinbürger. (...)

Und Russland? Das Kernland der mächtigen Sowjetunion erlebte durch das Versagen der KPdSU und das Han-

deln der in ihren Reihen gewachsenen Verräter einen in der bisherigen Geschichte nicht gekannten Niedergang. Unter dem von den imperialistischen Mächten als Demokraten gepriesenen Jelzin verfiel das ökonomische Potenzial des Landes um etwa die Hälfte, das Volkseigentum wurde verschleudert, ein gewaltiger Aderlass der Bevölkerung reduzierte besonders das Fachkräftpotenzial, die sozialen Folgen in Gestalt einer bisher nicht gekannten Massenarmut hatten katastrophale Ausmaße angenommen, als Militärmacht war Russland fast bedeutungslos geworden. Alle diese Erscheinungen wurden in ihrer gesellschaftlichen Wirkung nur noch durch einen Faktor übertroffen: Der Zersetzung der staatlichen Macht und Ordnungsstrukturen. Als „der erste demokratische gewählte Präsident Russlands“ aus dem Amt gejagt wurde, stand Russland buchstäblich vor dem Bankrott. (...) Was nach zwei Anläufen dem deutschen Imperialismus nicht gelungen war, lag jetzt zum Greifen nahe vor ihm: Eine faktische deutsche Kolonie im Osten. (...)

Putin hat seit 1999 im Grunde genommen nichts weiter getan, als dem nationalen Verrat und dem völligen nationalen Ausverkauf ein Ende zu setzen und den Interessen des Landes Schritt für Schritt zu entsprechen. Er hat Russland aus der politischen, ökonomischen und sozialen Zersetzung herausgeholt. Er hat die katastrophalen Folgen des Versagens der „KPdSU-Patrioten“ aufgefangen und in einer patriotischen Anstrengung die Kolonialisierung des Landes verhindert. Anzunehmen, dass das Russland unter Jelzin eine neue, selbstständige imperialistische Macht geworden wäre, ist geradezu unreal.

Russland imperialistisch?

Der Verdacht, dass das Putin gelungen wäre, ignoriert wiederum die Rolle und die Macht des internationalen Finanzkapitals, das die neuen russischen Konjunkturritter (Oligarchen) unter seine Fittiche nahm. Von der übrig gebliebenen Leiche der russischen Staatsmacht ganz zu schweigen. Wenn Putin die wilden Privatisierungen zurückgedrängt und den staatskapitalistischen Sektor ausgebaut hat, wurden damit die ökonomischen Rahmenbedingungen für eine Politik der Wahrung nationaler Interessen verbessert. (...)

Was diese russischen Oligarchen betrifft, haben sie umständehalber in wenigen Monaten nur das zusammengefasst, wofür ihre deutschen „Amtsbrüder“ viele Jahrzehnte benötigten. (...) Grundsätzlich: Anzunehmen, dass dieser unter Jelzin grassierende Raubritter-Kapitalismus, für den Namen wie Boris Beresowski und Michail Chodorowski stehen, so etwas wie ein Teil oder der Konkurrent des internationalen Finanzkapitals sein könnte, geht völlig an den imperialistischen Realitäten vorbei. Das funktionierte nur im Sinne einer völligen Unterordnung und des wirtschaftlichen Ausverkaufs des Landes.

Dass Russland nicht einmal auf den internationalen Kapitalmärkten seine Interessen wahren konnte, war sehr deutlich bei der Zerschlagung des Bankensystems Zyperns erkennbar geworden, bei der erstmalig in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte die Bankeinlagen der Kunden (darunter der russischen) für die „Konsolidierung“ requiriert worden sind. (...)

Wir brauchen die Bewertung der heutigen Rolle Russlands hauptsächlich zur Beantwortung der Frage nach den Kräften des antiimperialistischen Kampfes, die allein in der Lage wären, diesem scheinbar unaufhaltsamen Zug in den Dritten Weltkrieg entgegenzutreten. (...)

Das Problem beginnt damit, dass Lenin mit seiner Imperialismus-Analyse nicht ernst genommen wird. Die fünf Merkmale haben wir gelernt, heute – wird gesagt – sieht das alles etwas anders aus als im Jahre 1916, der Begriff des Finanzkapitals wird verflacht und entstellt, u. a. durch die Version von der dominierenden Rolle der Finanzmärkte usw. Doch Lenin liefert noch heute die Grundlagen für die Bestimmung der Strategie und Taktik der revolutionären Kräfte im Kampf gegen den imperialistischen Krieg. Offensichtlich ist die Einsicht abhanden gekommen, dass es sich beim Imperialismus um ein ökonomisch **und** politisch definiertes Herrschaftssystem handelt. Elemente dieses Systems – in Stichworten und sehr eng bei Lenin bleibend – sind die wechselseitige Verflechtung der privaten und staatlichen Monopole, wobei „die einen wie die anderen in Wirklichkeit bloß einzelne Glieder in der Kette des imperialistischen Kampfes zwischen den größten Monopolisten um die Teilung

der Welt sind“ (S. 255), das Finanzkapital als eine so „entscheidende Macht in allen ökonomischen und in allen internationalen Beziehungen, dass es sich sogar Staaten unterwerfen kann und tatsächlich unterwirft, die volle politische Unabhängigkeit genießen (S. 264); eine ungeheure Anhäufung von Geldkapital in wenigen Ländern. (...) Die Welt ist in ein Häuflein Wucherstaaten und in eine ungeheure Mehrheit von Schuldnerstaaten gespalten.“ (S. 281/282)

„Reaktion auf der ganzen Linie, gleichviel unter welchem politischen System, äußerste Zuspitzung der Gegensätze auf diesem Gebiet – das ist das Ergebnis dieser Tendenz. Insbesondere verschärfen sich auch die nationale Un-

terdrückung und der Drang nach Annexionen, d. h. nach Verletzung der nationalen Unabhängigkeit“ (...) (S. 302).

„Typisch für diese Epoche sind nicht nur die beiden Hauptgruppen der Länder (...), sondern auch die verschiedenartigen Formen der abhängigen Länder, die politisch, formal selbständig, in Wirklichkeit aber in ein Netz finanzieller und diplomatischer Abhängigkeit verstrickt sind“ (S. 267). Und Lenin schlussfolgert, dass es Beziehungen der Abhängigkeit zwischen einzelnen großen und kleinen Staaten immer gegeben habe, „aber in der Epoche des kapitalistischen Imperialismus werden sie zum allgemeinen System, bilden einen Teil der Gesamtheit der Beziehungen bei der ‚Aufteilung der Welt‘ und verwandeln sich in

Kettenglieder der Operationen des Finanzkapitals“ (S. 268).

Wer glaubt, das heutige Russland in die Reihe der „größten Monopolisten“ einordnen zu können, hat weder den Charakter des Finanzkapitals noch das politische System des Imperialismus begriffen. (...)

(Die Seitenangaben beziehen sich auf Band 22 der Werke, Dietz Verlag Berlin 1960).

Überschrift und Zwischenüberschriften wurden von der Redaktion eingefügt.



Klaus Linder

UKRAINISCHER FASCHISMUS UND DEUTSCHE OSTEUROPA-STRATEGIE*

Am 20. Februar flogen die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens nach Kiew, um dem legitimen Präsidenten Janukowitsch die Kapitulation vor dem „Euromaidan“ abzupressen. Sie taten das als Vertreter der EU. Die hatte mit dem Versuch, der Ukraine ein anti-russisches Assoziierungsabkommen aufzuzwingen, den Konflikt vorgegeben, über den Janukowitsch stürzen und das Land in den Bürgerkrieg getrieben werden sollte. Aber nicht EU-Chefdiplomatin Ashton führte die „Verhandlungen“. Das tat der deutsche Außenminister. Nicht Brüssel, sondern Berlin diktierte Janukowitsch die Agenda.

Am 21. Februar wurde das Abkommen unterschrieben. Für „die Opposition“ unterzeichneten der Chef der Neonazi-Partei „Swoboda“ Tjagnibok, der Banker Jazenjuk und der von Berlin aufgebaute Glücksritter Klitschko. Keine 24 Stunden später war es gebrochen, die faschistischen Kettenhunde, die den Straßenprotest kommandierten, losgelassen, der bewaffnete Putsch durchgeführt. Seither herrscht in Kiew eine Junta aus Faschisten, „Oligarchen“ und Handlangern des Finanzkapitals. Für Klitschko, „den Deutschen“, brachte Steinmeiers Abkommen das politische

Ende, für Jazenjuk und Tjagnibok den Sprung an die Macht. Eine Niederlage für Berlin, vom Außenminister selbst arrangiert? Mitnichten. Das Zerbrechen der legitimen Regierung wurde als überwältigender Erfolg deutscher Politik gefeiert. Der „Vertrag“ mit Janukowitsch führte zur Freilassung Timoschenkos. Dass das Klitschkos Demontage bedeutete, war Steinmeier klar. Nicht erfüllt wurde der entscheidende Punkt: die Entwaffnung der Faschisten. Was das bedeutete, war allen Beteiligten ebenfalls klar. Der deutsche Außenminister hatte ein Abkommen vermittelt und als Garant seiner Einhaltung signiert, dessen Scheitern als Triumph deutscher Interessen gefeiert wird. Die grüne Kriegshetzerin Marieluise Beck bekundete ihren „Stolz“, die Medien feierten „Steinmeiers Sternstunde“. Der Tagesspiegel schrieb: „Die Ukraine hat gezeigt, was deutsche Diplomatie erreichen kann, wenn sie selbstbewusst auftritt (...) Endlich kann man sich vorstellen, was sich die Große Koalition unter einer ‚aktiveren deutschen Rolle in der Welt‘ vorstellt.“ Das alles erscheint erst schlüssig, wenn der ukrainische Faschismus als wesentliches Instrument deutscher Osteuropa-Strategie erkannt wird.

In der Runde vom 21. Februar war Klitschko nicht die einzige Kraft, die Berlin gegen Janukowitsch und die ukrainische Verfassung einsetzte. Die andere war der ukrainische Faschismus, der aus der Kollaboration mit dem deutschen Nazi-Imperialismus im Zweiten Weltkrieg geboren ist. So mühelos in den 90er Jahren Genscher-Deutschland zur Zerschlagung Jugoslawiens auf die Re-Mobilisierung kroatischer Ustascha-Faschisten zurückgriff, so mühelos kann heute in der Ukraine das Auswärtige Amt an die Kollaboration der Bandera-Faschisten anknüpfen; und zwar sowohl über ihren parlamentarischen als auch über ihren militärischen Arm. Den einen vertrat in der Rada Tjagnibok am Verhandlungstisch, der andere stand vor der Rada sturmbereit in Stellung. Steinmeier nutzte die Vertragsunterzeichnung, um Berlins Politik der ausgestreckten Hand gegenüber den ukrainischen Faschisten auf offizielle Ebene zu heben. Nach monatelangen diplomatischen Kontakten wurde ein Foto des deutschen Außenministers mit Tjagnibok arrangiert und vom Ministerium veröffentlicht. Die Zusammenarbeit mit den Faschisten war durch Timoschenko und Klitschko solide vorbereitet. Beide wurden von Berlin



fallengelassen, die Faschisten sind an der Macht [1]. Die Herrschaftssicherung des Putschregimes, das weder in der Bevölkerung noch in Armee und Polizei genügend Rückhalt hat, schließt eine Entwaffnung der Faschisten aus. Ihre Terrorverbände wurden in die Uniformen der Nationalgarde gesteckt, um den Volkswiderstand niederzuschlagen. Die Akzeptanz der Bandera-Leute durch die deutsche Öffentlichkeit ist somit längerfristig zu sichern. Die Propagandakampagne zu diesem Zweck arbeitet mit dreierlei: 1. Umetikettierung des ukrainischen Faschismus als „pro-europäischer Nationalismus“, 2. Leugnung seines antisemitischen Charakters, 3. Präsentation des organisierten Faschismus als Willensbekundung einer „Zivilgesellschaft“.

Das funktioniert nur auf der Grundlage ständig befeuerter Russophobie. So sehr es den Aufbau antifaschistischer Solidarität mit der Ukraine hiezulande behindert, so sehr kann die Widersprüchlichkeit dieser Propaganda auf Dauer auch Interessen der deutschen Bourgeoisie behindern. Auf jeden Fall werden beträchtliche Risiken in Kauf genommen. Denn es geht für den Machtausbau des deutschen Monopolkapitals in der Ukraine um das, was der faschistische Staatsrechtler Carl Schmitt in den Satz fasste: „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet“. Für den „Rechten Sektor“ und „Swoboda“ ihrerseits hängen Erfolg und Misserfolg in hohem Maße davon ab, wie salonfähig sie in Deutschland bleiben. Deutscher Imperialismus und ukrainische Faschisten bleiben aufeinander angewiesen.

Die Umbenennung einer völkischen Nazi-Ideologie in „proeuropäischer Nationalismus“ besorgten die ukrainischen Faschisten selber. Über die NPD und ihre Publikationsorgane lancierten sie sie in Deutschland – so im Mai 2013 in der „Deutschen Stimme“: Die „Expansion europäischer Interessen“ müsse jetzt „mit Hilfe der Ukraine bis an die Grenze Russlands weitergehen“. Das ist die Formel, die hinter dem gemeinsamen Foto von Tjagnibok und Steinmeier steht. Die NPD war nur Transmissionsriemen für das, was längst offizielle Sprachregelung wurde.

Die Vortäuschung, die Bandera-Leute seien keine Antisemiten, benutzt zwei Mittel. Erstens: Tjagnibok und

Konsorten werden angehalten, Ausagen wie „russisch-jüdische Mafia“, „Judenschweine bekämpfen“ usw. für „veraltet“ zu erklären. Zweitens: Einige antirussisch fanatisierte Jüdinnen und Juden haben pausenlos öffentlich vor deutschen Kameras zu bezeugen, der Antisemitismus nebst Terror sei gar nicht so schlimm. Da Judenhass für die ukrainische Rechte identitäts- und traditionsbildend ist, wird dieser Konsens nicht lange halten.

Noch unglaublicher ist die demagogische Gleichsetzung des Putschregimes mit der *volonté générale* einer angeblichen „Zivilgesellschaft“. Nicht nur wurde ja den faschistischen Kampfverbänden frühzeitig das Gewaltmonopol übertragen, sondern sie führten einen Staatsstreich durch, der der zivilgesellschaftlichen Stütze ermangelt. Gerade deshalb müssen sie jetzt an der Seite von Blackwater-Söldnern das Land drangsaliieren. Es steht in der Ukraine kein verfassungsmäßig legitimierter „Staat“ mehr der „Zivilgesellschaft“ gegenüber, sondern eine von Bündnissen konkurrierender Imperialismen an die Macht gehievte, brüchige und provisorische Putschistenriege. Staat **und** Zivilgesellschaft wurden aus den Angeln gehoben. Als Gegenpol einer fiktiven „Zivilgesellschaft im Protest“ bleibt der Propaganda folglich nur ein exterritorialer Staat als Zielscheibe: der Moskauer. So begrenzt dessen faktische Macht auch ist: Es geht bei der Pseudo-Entgegensetzung von „Ukrainischer Zivilgesellschaft“ und „Moskauer Staat“ um etwas anderes als das empirische Russland von heute. Es geht um die Mobilisierung gegen einen fiktiven Staat schlechthin, den „Sowjetstaat“. Der ist politisch und geographisch Historie. Aber bei aller Irrealität kommt hier ein innerstes Anliegen des deutschen Imperialismus zum Vorschein: Der weltgeschichtliche Sieg der Sowjetunion, des Sowjetvolkes und der Roten Armee über den Faschismus soll in der Ukraine widerrufen werden, und zwar gerade hier. Über die Ukraine soll das Ziel der Konterrevolution verwirklicht werden, mit dem Oktober 1917 auch den 8. Mai 1945, mit der Oktoberrevolution auch den Sieg über den Faschismus rückgängig zu machen.

Es ist unsere Pflicht, dafür zu kämpfen, dass es niemals dazu kommt. Dem in der Ukraine herbeigeputschten Ausnahmezustand eine klassenkämpferi-

sche Antwort entgegenzusetzen – das kann nur über die Sammlung aller antifaschistischen Kräfte geschehen. Hier und Jetzt müssen wir damit beginnen!

** Der Artikel wurde für den „Berliner Anstoß“ – dem wir für die Genehmigung zum Abdruck danken – vor dem und für den 8. Mai 2014 geschrieben, konnte also bestimmte Ereignisse noch nicht berücksichtigen.*

[1] **Anmerkung der Redaktion:** Dass in der Ukraine scheinbar plötzlich Faschisten an die Macht gehievt werden konnten, beruht auf dem Zusammensetzen dreier „Bausteine“:

Der erste ist eine aggressive völkische und antikommunistische Ideologie, die von allen „west-orientierten“ Parteien der Ukraine vertreten wurde. Nach der „Orangen Revolution“, aus der noch Timoschenkos „Vaterlands-Partei“ übrig ist, wurde offensiv eine Umschreibung der Geschichte betrieben, die in der Ernennung von Stepan Bandera zum Nationalhelden 2010 gipfelte (was Janukowitsch 2012 wieder aufhob). Die gesamte Geschichte wird als ein Kampf der Ukrainer gegen die Russen gedeutet, so dass vor allem der zweite Weltkrieg als Unterwerfung der Ukrainer durch die Sowjetunion gelesen und an den Schulen gelehrt wird.

Zweiter Baustein ist die offen faschistische parlamentarische Partei „Swoboda“. Sie erfüllte vor allem die Funktion, in Teilen der Westukraine eine echte Hegemonie herzustellen und die Kooperation mit offenen Faschisten zum – auch parlamentarischen – Normalzustand zu machen.

Dritter Bestandteil sind all die faschistischen paramilitärischen Organisationen, die erst jüngst zum Rechten Sektor fusionierten. Sie wurden über Jahre hinweg formiert und ausgebildet (auch auf NATO-Stützpunkten) und bilden nun den Kern der bewaffneten Staatsmacht.

Erst der Putsch im Februar zeigte ein offenes gemeinsames Agieren. Personelle Querverbindungen bestanden allerdings lange zuvor (z. B. über Parubij). Am Beispiel Ukraine lässt sich erkennen, dass eine Durchdringung äußerlich bürgerlich-parlamentarischer Parteien mit völkischer Ideologie dazu führen kann, dass sie selbst als Massenbasis für den offen faschistischen Teil dienen können.



FRÜHLING IM SÜDOSTEN*

*Zu den neugegründeten Volksrepubliken in der Ukraine:
Vom antifaschistischen Abwehrkampf zum neuen sozialistischen Anlauf?*

Am 6. April begann der Aufstand im Südosten der Ukraine. Ausgehend von Demonstrationen wurden in Donezk und Charkow die Regionalverwaltungen, in Lugansk der Sitz des Geheimdienstes gestürmt. Das Gebäude in Charkow, dessen jugendliche Besetzer unbewaffnet waren, wurde am nächsten Tag bereits geräumt; Donezk und Lugansk aber wagte die Junta nicht anzugreifen. Mittlerweile wurden aus zwei besetzten Gebäuden die zwei Volksrepubliken Lugansk und Donezk.

Bilder des antifaschistischen Kampfes

Seit dem Kiewer Machtwechsel gab es im gesamten ukrainischen Südosten (in einem Bogen entlang der russischen Grenze bis hinunter nach Odessa) große Demonstrationen gegen die Junta; so, wie es sie auch auf der Krim gegeben hatte. Auf diesen Demonstrationen herrschte ein wildes Durcheinander – sowjetische Fahnen neben denen des zaristischen Russland, schwarz-orangene, deren Farbgebung sich von den Orden des großen vaterländischen Kriegs ableitet, neben aktuellen russischen – das einigende, was diese Gruppen miteinander verband, war die Ablehnung der Faschisten. An manchen Orten wurden Straßensperren errichtet, um ein Eindringen des „Rechten Sektors“ zu verhindern, es bildeten sich Selbstverteidigungsgruppen, es kam zu Zusammenstößen. Auf diese Demonstrationen reagierte die Junta mit Verhaftungen (immer gefolgt von Verschleppungen nach Kiew), einer Debatte über Gesetzesverschärfungen mit bis zu 15 Jahren Haft („Werben für Separatismus“) und ersten Truppenverlagerungen in den Südosten. Die von Kiew eingesetzten Gouverneure, allesamt Oligarchen, bekundeten ihre Bereitschaft, hart durchzugreifen. Es war absehbar, dass friedliche Demonstrationen selbst im Südosten nicht mehr lange möglich sein würden.

Anfang März wurde eine Erklärung eines „Antifaschistischen Stabs“ ver-

öffentlicht, die kurz und drastisch die Lage schilderte: Es war die Rede von bereits 70 verschwundenen „Mitgliedern der Selbstverteidigung“ in Dnjepropetrowsk und Donezk, und der Text enthielt den Aufruf, wer eine Waffe halten könne, solle zu Hilfe kommen. Mitte März erschien ein Video einer „Selbstverteidigung Südost“: In einem Interview mit einem russischen Sender erklärte ein verummter Antifaschist, es sei eine Lehre der Erfahrungen von 1933, dass man zu den Waffen greifen müsse, wenn der Faschismus an die Macht kommt.

Faschistisches Massaker

Das Massaker von Odessa am 2. Mai belegt, wie richtig diese Einschätzung war. Nichts an diesem Ereignis war zufällig: Am Tag zuvor traf sich Parubij, einst Mitbegründer von Swoboda und heute Sekretär des Verteidigungsrats (der Polizei, Militär und Geheimdienst befehligt), mit einem der Anführer des Rechten Sektors. Unter Beteiligung von Faschisten neu gegründete Sondereinheiten wurden ebenso nach Odessa gebracht wie etwa 1500 Angehörige des Rechten Sektors: Die ersteren, um auf der „Pro-Maidan“-Demonstration die Provokation zu liefern, die das Massaker rechtfertigen sollte, die letzteren, um es durchzuführen. Die Polizei hatte aus Kiew die strikte Anweisung, nicht einzugreifen.

Auf dem Platz unmittelbar vor dem Gewerkschaftshaus gab es seit Wochen ein friedliches Protestcamp, das immer wieder Angriffen durch die Faschisten ausgesetzt war. Als bekannt wurde, dass der Rechte Sektor sich dem Camp näherte, flüchteten sich die Demonstranten in das Gewerkschaftshaus, in der Annahme, dort seien sie sicher. Das Gebäude wurde in Brand gesetzt. Menschen, die aus dem Fenster sprangen, um sich vor dem Feuer zu retten, wurden vor dem Gebäude erschlagen. Und nicht nur das – während des Brandes drangen durch Seitentüren Mitglieder des Rechten Sektors ein, um jene, die

nicht dem Brand zum Opfer fielen, zu ermorden. Die genaue Zahl der Opfer ist bis heute ungewiss, da es neben den identifizierten Toten noch weitere im Keller gab; die Schätzungen gehen von 116 Ermordeten aus. Der Gouverneur dankte den Tätern anschließend dafür, dass sie „öffentliche Gebäude von Terroristen befreit“ hätten.

Nicht nur viele der Überlebenden, sondern auch Dutzende weiterer Odesaer Antifaschisten wurden nach dem Brand des Gewerkschaftshauses verhaftet. Nachdem sie am 4. Mai durch einen Sturm der Polizeizentrale wieder befreit wurden, übergab der Polizeichef die Namen und Adressen an den Rechten Sektor. Einige davon wurden mittlerweile ermordet. Legale politische Tätigkeit ist für Antifaschisten in Odessa seitdem unmöglich.

Aufstand einer ganzen Region

Lugansk und Donezk sind längst Zufluchtsorte für Bedrohte aus der ganzen Ukraine. Dort sind sie relativ sicher, denn es sind mitnichten einige „Separatisten“, die ein paar Gebäude besetzt halten, es ist der Aufstand einer ganzen Region. Das wurde sichtbar, als nach drei Tagen die ersten Busse mit Bergarbeitern in Lugansk eintrafen, um sich den Besetzern anzuschließen. Das Phänomen setzte sich fort mit der Errichtung von Straßensperren, die von Aufrufen im Internet begleitet wurden, Reifen, Medikamente, Wasser und Lebensmittel zu bringen; und diese Aufrufe waren erfolgreich. Wer die Bilder sieht, wie die Bewohner unbewaffnet den Panzern der ukrainischen Armee den Weg versperren, erkennt schnell, dass eine Handvoll Milizionäre gegen ihren Willen kein einziges Gebäude halten könnten, von ganzen Städten ganz zu schweigen.

Der klassenpolitische Charakter des Aufstands ist mittlerweile auch unseren imperialistischen Medien aufgefallen. So kommt etwa die ZDF-Reporterin Eigendorf in ihrem Tagebuch zu dem



Schluss „die Volksrepublik Donezk und gleich nebenan die Volksrepublik Louhansk, entstehen im Geist der Sowjetunion“. Dieser ist tatsächlich tief in die Landschaft eingegraben; Ortsnamen lauten z. B. „Stachanow“ oder „Rote Armee“. Denn: Viele Städte, die einst um die Fabriken herum entstanden waren, wurden von Arbeitern aus der ganzen Sowjetunion aufgebaut. Es sind die Menschen, die in diesen Städten aufgewachsen sind, die heute an den Straßensperren stehen.

Alte Staatsmacht abräumen

Dass aus zwei besetzten Häusern schließlich zwei Republiken werden konnten, hat viel mit dem Zustand der staatlichen Macht im Südosten der Ukraine zu tun. Bis heute hält sich die ukrainische Armee (soweit sie nicht auf der Krim geblieben ist) aus den Kämpfen weitgehend heraus. Einzelne Einheiten haben sogar die Seiten gewechselt. Die Polizei in Donezk und Lugansk ist ebenfalls zu großen Teilen übergelaufen. Die Junta hat jüngst erklärt, ihr seien 17.000 Polizisten abhanden gekommen, gegen die sie jetzt ein Strafverfahren einleiten wolle. Schon die Sondereinheiten, die anfangs gegen die Besetzer geschickt werden sollten, hatten schlicht den Befehl verweigert. Kiew muss sich also vor allem auf die faschistische Nationalgarde, die erst nach dem Putsch gebildet wurde, und die von Oligarchen aufgestellten Freikorps verlassen. Selbst der Versuch, auf Söldner zurückzugreifen, stieß auf

ein entscheidendes Hindernis – da ihr Einsatz möglichst nicht bemerkt werden sollte, sind sie nur nachts einsetzbar; tagsüber wären sie sonst schnell im Internet zu sehen.

Trotz ihrer zahlenmäßigen Unterlegenheit können sich die Aufständischen halten. Das breite antifaschistische Bündnis hält. In Slaviansk scheint es keinen Streit zu geben zwischen Strelkow, dem Monarchisten (mittlerweile Verteidigungsminister der Volksrepublik), und Ponomarew, dem Bürgermeister, der erklärt hat, es würden alle Fabriken enteignet. Als der Verfassungsentwurf von Donezk, der nach dem Referendum veröffentlicht wurde, Privateigentum vorsah, gab es zwar eine heftige Debatte im Internet, aber es gab wiederum keinerlei Debatte, als in Lugansk Bergwerke verstaatlicht wurden. Stück für Stück wird die alte Staatsmacht abgeräumt, Staatsanwaltschaft, Geheimdienst, die verbliebenen Armeekasernen werden umstellt, die Soldaten entwaffnet und nach Hause geschickt, sofern sie nicht in den Dienst des neuen Staates treten.

Sozialismus reloaded?

Die in wenigen Wochen zurückgelegte Strecke in den neuen Volksrepubliken ist beachtlich, und eine sozialistische Entwicklung ist möglich – ökonomisch wäre sie geradezu zwingend. Aber es bleiben viele Fragen offen: Wie wird sich die ukrainische Armee in Zukunft verhalten? Kann es ohne klares politi-

ches Programm überhaupt gelingen, die Massen ausreichend zu mobilisieren, um die Republiken zu verteidigen? Ist es möglich, in diesem Belagerungszustand eine Verfassungsdebatte zu führen? Welche Zielsetzung haben die neuen Parteien, die sich gerade gründen, und was geschieht mit dem politischen Bündnis, das aus der antifaschistischen Abwehr heraus entstand, wenn der neue Staat eine eindeutig sozialistische Richtung nimmt? Und was geschieht mit dieser Entwicklung, wenn Russland doch noch eingreift?

Nichts davon kann von hier aus beantwortet werden. Aber die beiden Republiken haben Anspruch auf unsere Solidarität. Sie hätten ihn schon, weil sie die Faschisten abwehren und einen großen Teil jener Kräfte binden, die sich sonst in der restlichen Ukraine dem Terror widmen würden. Sie haben ihn erst recht, weil sie das erste Mal seit langem die Möglichkeit einer sozialistischen Entwicklung in Europa eröffnet haben. Das allerdings wird nicht nur uns auffallen. Die neugegründeten Volksrepubliken „sitzen“ schließlich auf dem „Beutestück“, das sich das deutsche Kapital gerne einverleiben möchte. Es daran zu hindern, ist auch unsere internationalistische Pflicht.

** Der Artikel wurde vor dem 25.5.2014 geschrieben, d. h. vor dem Großangriff auf die Volksrepubliken.*



Mischa Aschmoneit*

„ABER WOLLEN MUSS MAN ES SCHON ...“

Anmerkungen zu einigen Aspekten antifaschistischer Praxis

Vorweg: Es gibt in Deutschland aktuell keine Gefahr einer Machtübertragung an irgendeine faschistische Formation. Erstens ist die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung zum bestehenden bürgerlich-demokratischen System nicht so weit gesunken, dass relevanten Kapitalfraktionen eine Änderung der Form der bürgerlichen Herrschaft nötig und machbar erscheint. Zweitens gibt es weder eine Bedrohung der Pro-

fite durch eine reformistische Linke, noch eine Bedrohung des gesamten kapitalistischen Systems durch eine radikale Linke. Und drittens gibt es keine faschistische Massenbewegung; im Gegenteil, faschistische Organisationen sind – verglichen mit sehr vielen Ländern des europäischen Umlandes – in weiten Teilen der BRD marginal, und selbst die Wahlergebnisse der Rechtspopulisten vergleichsweise gering.

Schwäche der Faschisten, denkbare Gefahren

Die Ursachen für die relative Schwäche der faschistischen Bewegung sind vielfältig. Sie resultieren u. a. aus einer Stärke des deutschen Kapitals, das jahrzehntelang größere Teile der Welt „friedlich durchdringen“ sowie größere Teile der Bevölkerung in Deutschland „sozialpartnerschaftlich korrumpieren“

und deshalb die „innere Mobilmachung“ weitgehend auf Sparflamme schalten konnte – auch wenn z. B. mit dem Wahltritt von F. J. Strauß gegenläufige Tendenzen existierten. Die Schwäche der Faschisten resultiert aber auch aus einer Stärke der AntifaschistInnen, die es jahrzehntelang geschafft haben, in den Köpfen der Mehrheit der Bevölkerung ein paar antifaschistische Mindeststandards zu verankern und die zugleich die Entfaltung faschistischer Organisationen wirkungsvoll unterbunden haben.

Zum Gewordenen, Seienden und Werdenden gehört aber auch dies: Die BRD ist der Nachfolgestaat des faschistischen Deutschlands, aufgebaut von alten Nazis. In der BRD agierten kontinuierlich faschistische Terrorgruppen, von den Werwölfen über den Bund deutscher Jugend/Technischer Dienst und der Wehrsportgruppe Hoffmann bis hin zum NSU und seinem breiten Umfeld. In der BRD gibt es die zahlreichen (Todes-)Opfer des organisierten, aber auch des spontanen faschistischen und rassistischen Terrors. Und in der BRD gibt es den Abbau demokratischer Rechte und sozialer Errungenschaften, die materielle und geistige Verarmung eines Drittels der Gesellschaft und zunehmende militärische Aktivitäten nach Außen bei fortgesetztem Ausbau des Überwachungs- und Repressionsapparates im Inneren. Auf dieser Basis sind – was die (Anti-)Faschismus-Debatte angeht – zwei drohende Gefahren zu identifizieren: Erstens eine schleichende Faschisierung von Staat und Gesellschaft als vorbeugende Maßnahme gegen Unruhen. Und zweitens das Entstehen einer offen faschistischen Massenbewegung als Ausdruck der Krise der bürgerlich-demokratischen Herrschaftsform.

Mit den Gefahren beschäftigen

Antifaschistische Praxis hat sich mit beidem zu beschäftigen, muss gegnerische Akteure, Interessen und Handlungsoptionen erkennen sowie die eigenen Interventionen strategisch und taktisch bestimmen. Dabei reicht es weder aus, allgemeine Lehrsätze über den Klassencharakter des Faschismus von sich zu geben, noch ist es hilfreich, ausschließlich moralisch über das Verbrecherische des Faschismus zu reden. Hingegen können wir bei der Analyse der konkreten Prozesse bei-

spielsweise mit *Thomas Lurchi in T&P Nr. 35 feststellen, welche Problemlagen es geben kann. Lurchi zieht aus den von ihm präsentierten Studien namhafter SoziologInnen und PsychologInnen die Schlussfolgerung, die auch ich teile: „Nur auf der Basis eines klassenorientierten Gegner- und Interessenbewusstseins ist es möglich, eine realistische Alternative zu den konkurrenzorientierten Angeboten der herrschenden Verhältnisse aufzuzeigen. Ein Antifaschismus, der dies nicht berücksichtigt, wird immer ‚hilflos‘ bleiben, weil er der Arbeiterklasse kein alternatives Denk- und Handlungsangebot machen kann, das der vermeintlichen Rationalität rassistischer Handlungsstrategien den Boden entzieht.“*

Auch in der Defensive erfolgreich kämpfen

Antifaschismus ist ein Abwehrkampf, was einerseits eine größere Breite ermöglicht, andererseits auf die grundlegende Schwäche verweist: Keine Defensive kann auf Dauer erfolgreich sein. Dies vorausgeschickt, lauteten meine Fragen: Wen bekämpfen? Wie kämpfen und siegen? Mit wem zusammen kämpfen?

Schon die erste Frage offenbart m. E. ein Defizit von DKP und SDAJ. Soweit ich das überblicke, gibt es seit mehr als 25 Jahren keine kontinuierliche antifaschistische Arbeit beider Organisationen, weder auf Bundesebene noch auf lokaler Ebene. Die GenossInnen von Partei und Jugendverband wissen meistens nicht, welche faschistischen Kader bei ihnen vor Ort tätig sind, sie wissen nicht, ob bei ihnen in der Stadt die Gefahr eher von einer Rechtsrock orientierten, subkulturellen Jugendszene oder von einer in die Mitte der Gesellschaft zielenden Neuen Rechten ausgeht. Sie kennen die Treffpunkte und Methoden des Feindes nicht. KommunistInnen, die nicht wie der Blinde von der Farbe reden wollen, müssen diese Wissenslücken schließen. Dabei können sie auf das zumeist profunde Wissen der autonomen (oder „postautonomen“) AntifaschistInnen zurückgreifen – wenn sie denn den oftmals mühseligen Schritt auf diese häufig ideologisch kleinbürgerlichen Gruppen und Einzelpersonen zugehen. Diese Analyse der konkreten Situation ist auch deshalb nötig, weil sich beispielsweise herausstellen kann, dass es vor

Ort keine faschistische Gefahr gibt und beruhigt alle Energie auf die Entfaltung anderer Kämpfe gerichtet werden kann. In einigen Gegenden jedoch haben sich Faschisten in den letzten Jahren kleine Bastionen geschaffen, die geschliffen werden müssen.

Wie kämpfen und siegen?

Wenn wir kämpfen, sollten wir siegen wollen. Für KommunistInnen in Deutschland ist das nicht selbstverständlich, haben wir doch eine lange Tradition der Niederlagen, die sich als „Mentalität“ in der Gesellschaft, der Arbeiterklasse und ihren Organisationen, aber auch in den einzelnen Subjekten widerspiegelt. Die Ziele des antifaschistischen Kampfes vor Ort hängen von der konkreten Situation ab, aus beidem (Ziel und Situation) heraus bestimmen sich die Formen und Mittel des Kampfes. Verallgemeinernd können als Ziele festgehalten werden: Unterbindung faschistischen Terrors, Verhinderung der Verbreitung faschistischer Ideologie, Zerstörung faschistischer Strukturen (Organisationen, Treffpunkte, Events) und der Handlungsfähigkeit faschistischer Kader, Demoralisierung und Demobilisierung des faschistischen Umfeldes sowie die Neutralisierung der Schwankenden bis hin zur Stärkung der antifaschistischen Stimmungen und Strukturen.

Es ist offenkundig, dass diese Ziele nicht alleine durch antifaschistische Bratwurstessen, Diskutierklubs, Infostände und Verbotsunterschriftenlisten erreicht werden können. Es bedarf des Kampfes, und der kann zuweilen hässliche Formen annehmen und eigene schmerzhaftes Opfer bedeuten – Faschisten sind nicht einfach politische Gegner wie z. B. bürgerliche Demokraten, sie sind der Todfeind, die Mörder. Unsere antifaschistische Praxis darf uns nicht gesellschaftlich isolieren, zugleich darf sie nicht zu hilfloser Ritualpolitik verkommen, die dem Terror der Faschisten nichts entgegenzusetzen hat. Es ist daher sehr gut, dass das Konzept des Zivilen Ungehorsams, beispielsweise in Form der Massenblockaden bei Nazi-aufmärschen, in weiten Teilen der antifaschistischen Bewegung (und darüber hinaus) auf Zustimmung stößt und – mal besser, mal schlechter – praktiziert wird. Hierbei geht es im Wesentlichen darum, den Nazis ihren Raum zu nehmen und zwar unabhängig davon, was



der bürgerliche Staat erlaubt oder verbietet. Unser Erfolg hängt dabei davon ab, ob wir unsere Ziele und Handlungen legitimieren, die Ziele und Handlungen der Faschisten (und der Polizei) delegitimieren und genügend Menschen motivieren können, für unsere gemeinsamen Ziele zu handeln – und das ganze dann noch organisatorisch ermöglichen.

Zusätzlich zu diesen Massenaktionen bedarf es der unverzichtbaren unermüdlichen Kleinarbeit von einzelnen Menschen und Gruppen. Die sollte kreativ und wirkungsvoll sein: Wer hat sich noch nicht gefreut, wenn ein von einem massiven Polizeiaufgebot durchgesetztes Nazikonzert doch ausfallen musste, weil es im Saal erbärmlich stank und die Technik nicht mehr funktionierte? Wem hat es nicht gefallen, als der Farbeimer auf den Paletten mit den frisch gedruckten Naziflugblättern versehentlich umfiel? Wer freute sich nicht, als die Naziwahlplakate von den Laternen entfernt wurden? Und ist es nicht schön, wenn KollegInnen einen Nazi im Betrieb isolieren, weil ein gut gemachtes Info-Blatt für Aufklärung gesorgt hat?

Und manchmal bedarf es auch der weniger kreativen, aber dennoch wirkungsvollen Intervention. Es ist gut, wenn AntifaschistInnen dazwischen gehen können, wenn Nazis Jagd auf AusländerInnen, Linke oder sonst wen machen. Das bedarf allerdings oftmals nicht nur den Willen dazu, sondern auch der (erlernbaren!) Fähigkeit. Während es bei autonomen AntifaschistInnen jedoch häufig vorkommt, dass jahrelang individuell und kollektiv Zeit in das Erlernen von Selbstverteidigung investiert wird, gibt es m. E. bei KommunistInnen häufig einen individuell praktizierten Pazifismus. Franz-Josef Degenhardt sang in einem anderen Kontext, aber durchaus zu diesem Thema passend: „Antwort und Moral: Machtfragen! Aber wollen muss man es schon.“

Mit wem zusammen kämpfen?

Es bleibt die Frage nach der Bündnispolitik, die ich – bei Berücksichtigung der auch aus historischen Erfahrungen gewonnenen grundsätzlichen Prinzipien – nach den konkreten Gegebenheiten entscheiden würde. So war es meines Erachtens nach richtig, mit dem CSU-Oberbürgermeister von Wunsiedel zusammen auf der Stra-

ße zu sitzen, um den – für die Nazis damals wichtigen – Rudolf-Heß-Marsch zu verhindern. So war es meiner Meinung nach falsch, zu einem Zeitpunkt, als das Asylrecht faktisch abgeschafft wurde, kritiklos mit SPD&CDU an Lichterketten „gegen Rassismus“ teilzunehmen. Es sind die bürgerlichen Parteien, die mit ihrem Sozialraub den Boden düngen, auf dem Faschisten gedeihen. Es sind die bürgerlichen Parteien, die Krieg führen und den Überwachungsstaat ausbauen. Es sind die bürgerlichen Parteien, die die Faschisten in der Ukraine hoffähig gemacht haben, auch wenn sie jetzt teilweise versuchen, die Geister wieder loszuwerden, die sie gerufen haben. Und, es kommt noch schlimmer: Es war beispielsweise die (Regierungs- und Bündnis-)Politik der französischen Kommunistischen Partei, die es ermöglicht hat, dass der Kommunismus nicht mehr als wünschenswerte Alternative zur bürgerlichen Politik begriffen wird, sondern dass stattdessen bei der EU-Wahl der Front National zur stärksten Partei aufsteigen konnte.

Aus alledem resultiert für mich folgende Orientierung in der Bündnisfrage: Wenn es um Fragen des sozialen Kahlschlags und der Vernichtung demokratischer Rechte geht, ist die Energie der KommunistInnen auf die Entfaltung der Kämpfe für die Interessen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zu richten, und das heißt gegen den deutschen Imperialismus, gegen die ihn tragenden bürgerlich-demokratischen Parteien. Wenn es um die Abwehr faschistischer und rassistischer Aktivitäten geht, bedarf es einer elastischen und aktionsorientierten Bündnispolitik, die den faschistischen Feind wirksam bekämpft. Inhaltlich darf dies aber nicht zu Zugeständnissen führen, die als Kollaboration mit den Parteien des Sozialraubs aufgefasst werden können.

Mir scheint für die Bündnisfrage auch sinnvoll zu sein, über einige historische Erfahrungen nachzudenken. Hierzu gehört, dass für den Aufbau des Sozialismus die Eigenaktivität der Massen notwendig ist, also dass kein Putschismus zur Befreiung führt. Das ist nicht schematisch auf den Antifaschismus übertragbar, hier gilt, dass faschistische Bewegungen, die noch nicht zu staatlich geförderten Massenbewegungen geworden sind, auch durch die Aktivitäten von antifaschistischen Minderheiten bezwungen werden können. Sehr zugespitzt, aber aus

konkreten Erfahrungen resultierend, heißt das für hier und heute: Mir ist es lieber, dass eine antifaschistische Massenblockade auch gegen den Willen von SPD und DGB einen Naziaufmarsch verhindert, als dass es ein breitestmögliches Bündnis gibt, welches aber nicht auf wirkungsvolle Aktionen orientiert, sondern sich abseits der Nazis gegenseitig der eigenen antifaschistischen Überzeugung versichert oder gar Sorgen über das „Ansehen des Standorts Deutschland“ macht.

Die eigene Praxis kurz angerissen

Die oben angerissenen Orientierungen im Hinblick auf Aktion und Bündnisse findet sich seit Jahren in unserer Praxis in Düsseldorf wieder, von der Gründung des „Koordinierungskreises antifaschistischer Gruppen – Antifa-KOK“ im Jahr 1992 bis hin zum heutigen Ansatz der aus ihm hervorgegangenen Gruppe „see red! Interventionistische Linke Düsseldorf“. Zwar gab und gibt es eine umfassende Anti-Nazi-Praxis, sowohl eigenständig als auch in Bündnissen, die sich – relativ erfolgreich – der Recherche, Aufklärung und Verhinderung faschistischer Aktivitäten widmet, aber im Mittelpunkt der Arbeit stand und steht die Entwicklung einer (praxisorientierten) linken Kritik des Bestehenden, verbunden mit der Suche nach Alternativen.

Die Themen und Mittel haben dabei sowohl Elemente der Kontinuität als auch des Wechsels. Zu Beginn der 90er war es wichtig, den Nazis die Straße und die Versammlungsräume streitig zu machen sowie ihre Infrastruktur zu beeinträchtigen bzw. zu beseitigen. Dies gelang sowohl gegen die militant-neonazistische FAP als auch gegen die REP-Zentrale durch eine Kombination von öffentlichkeitswirksamer Informationsarbeit, Blockaden von rechten Wahlkampfständen/Saalveranstaltungen sowie Einschüchterungsmaßnahmen gegen Nazikader und Sabotage der faschistischen Infrastruktur. Diese Aktivitäten hatten eine antifaschistische Hegemonie in relevanten Teilen der Jugend zur Folge: Es war uncool und gefährlich, ein Nazi zu sein. Zugleich richtete sich ein kulturelles Angebot vor allem an jüngere Menschen – gab es zunächst ein Antifa-Café, das später von einem Kino-Café ergänzt wurde, so wuchs das Projekt bis zu einem linken Zentrum mit Konzerten.

Während Themen wie Castor-Transporte oder Überwachungsstaat eher zeitweilige Agitations- und Interventionsfelder boten, waren Antirassismus, Wohnungsnot und Antimilitarismus einige der Themen, die im Themenkanon fest verankert waren. Als bedeutsam stellte sich dabei die Kombination von lokaler Arbeit mit zentralen Events heraus. So waren etwa die Erfahrungen des massenhaften kollektiven Handelns in Heiligendamm, beim Castor-Schottern, in Dresden oder bei Blockupy wichtige Aspekte, die eine Stärkung der lokalen linken Strukturen bewirkten. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist auch, dass mit der „Stattzeitung TERZ“ seit Anfang der 1990er Jahre eine linke Zeitung existiert, die monatlich in viel-

tausendfacher Auflage kostenlos verteilt wird. Ebenfalls spielt die Aktivität der sozialdemokratischen PDS bzw. später der Linkspartei eine wichtige Rolle, sie ist vor allem in den tendenziell wahlabstinenten bzw. rechts-affinen „armen“ Stadtteilen ein antifaschistischer Multiplikator und bindet bislang WählerInnenstimmen, die sonst u.U. nach rechts gingen.

Die vorausgehenden Beschreibungen sind nicht vollständig und es geht mir nicht um das Hochjubeln der örtlichen Begebenheiten. Auch hier ist die radikale und moderate Linke schwach, auch hier gibt es linke Denkfehler, Schlamperie und Motivationsmängel. Aber dass die Faschisten sich in der

Stadt bislang nicht tief verankern konnten – obwohl es auch hier das sehr sichtbare Auseinanderklaffen von Arm und Reich gibt, obwohl auch hier zehntausende Menschen mit Migrationshintergrund leben, obwohl auch hier zahlreiche andere Faktoren wirken, die von den Faschisten für ihre ideologische und organisatorische Arbeit genützt werden – das ist ein Verdienst der heterogenen antifaschistischen AktivistInnen und ihrer Praxis.

** Misha Aschmoneit macht seit den 1980er Jahren antifaschistische Arbeit und ist als Kommunist aktiv in der Interventionistischen Linken*



Mathias Meyers

ERINNERN UND ANALYSIEREN

Den kommunistischen Widerstand gegen den Faschismus für den heutigen Kampf nutzen

T&P hat mit der Ausgabe 34 eine wichtige Diskussion eröffnet. Im doppelten Sinne. Die Verantwortung der Partei für eine theoretisch fundierte und politische Verstärkung des antifaschistischen Kampfes wird zunehmen. Welche Rolle wird die Partei darin spielen und wie kann es gelingen eine engere, politisch zielgerichtete Zusammenarbeit mit den klassenbewussten Kräften in der Antifa-Bewegung zu organisieren? Das Verhältnis von Bündnisarbeit und dem Entwickeln einer eigenen politischen Kontur muss in der Partei, mit den antifaschistisch aktiven Genossinnen und Genossen unter den aktuellen Verhältnissen kollektiv diskutiert und neu bestimmt werden.

Bis vor zehn Jahren etwa konnte sich die Partei dabei auf die Erfahrung und überzeugende Kraft der Widerstandskämpfer gegen den Faschismus stützen. Der Beitrag der Kommunisten zum Kampf gegen den deutschen Faschismus war in seiner Gesamtheit von enormer politischer Bedeutung. Diese Tradition in den Reihen der KPD und der DKP war prägend.

Arbeit unter der Jugend fortsetzen

Viele unserer Genossinnen und Genossen sind jahrelang vor Schulklassen, in

Jugendgruppen und auf Kundgebungen aufgetreten. Peter Gingold wusste von Auftritten vor Tausend und mehr Jugendlichen, z. B. in Berufsschulen, zu berichten. Er betrieb über viele Jahre eine vorbildliche antifaschistische Massenagitation. Viele Kommunisten haben mit dieser Arbeit – auch im Bunde mit Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfern anderer Weltanschauung – einen nicht hoch genug einzuschätzenden Beitrag gegen die immer reaktionärere Ausrichtung der BRD geleistet.

Wir haben in Mainz und der Rhein-Main-Region in den vergangenen Jahren wichtige und starke Erfahrungen in der politischen Arbeit mit kommunistischen Zeitzeugen machen können. Am 1. Mai 2009 blockierten mehrere Tausend Menschen erfolgreich den Mainzer Bahnhof, um sechzig demonstrierenden Nazis buchstäblich keinen Fußbreit zu lassen. Auf der Kundgebung wurde eine sehr kämpferische Solidaritätserklärung der letzten im Rhein-Main-Gebiet noch lebenden kommunistischen Widerstandskämpfer gegen den deutschen Faschismus verlesen. Die acht Genossinnen und Genossen erhielten für diese Erklärung größte Aufmerksamkeit und lautstarke Zustimmung. Im Mai 2010 saßen einige

von ihnen auf dem Podium im Mainzer Haus der Jugend und sprachen vor mehreren Hundert Jugendlichen. Unter ihnen der damals 102-jährige Hans Schwert. Als er den Jugendlichen mit eindringlichem Ton erklärte, dass und wieso der Kapitalismus den Faschismus als eine Herrschaftsform hervorbringt und es das Kapital ist, das es anzugreifen gilt, hörten alle im Saal mit größtem Respekt aufmerksam zu. Das Vertrauen und die Achtung für den Beitrag der Kommunisten am Kampf für die Befreiung vom Faschismus haben wir den vielen Genossinnen und Genossen zu verdanken, die diese Arbeit unter der Jugend jahrzehntelang gemacht haben. Sie nutzten dies für die Verteidigung der historischen Zusammenhänge und der Analyse der Ursachen.

Hans Heisel, einer der beeindruckenden Podiumsteilnehmer, erhielt nach der o. g. Veranstaltung viele Anfragen von Schulklassen. Er erzählte stets auch davon, was es für ihn gedanklich und emotional bedeutete, als er 1942 nachts unter einer Seine-Brücke in Paris in die illegale KPD aufgenommen wurde. In einer Zeit, als der deutsche Faschismus auf dem Höhepunkt seiner Macht war, noch vor der Schlacht von Stalingrad, lief er als junger Marinesoldat zur Résistance und zur KPD über.



Binnen weniger Minuten bannte er sein Publikum mit seiner starken Geschichte und lehrte es zugleich, wichtige historische Wahrheiten zu begreifen. Hans Heisel liebte noch im hohen Alter die Gespräche mit den Jugendlichen. Er ist, wie fast alle seiner Generation, mittlerweile verstorben.

Vorleben, was morgen und übermorgen notwendig ist

Ein herausragender kommunistischer Widerstandskämpfer war Emil Carlebach, dessen 100. Geburtstag in diesem Jahr Anlass für viele Veranstaltungen gibt. Seine biografischen Bücher sind aufgrund seiner Erzählweise, seiner großen Kenntnis historischer Zusammenhänge sowie der Entschiedenheit und Klarheit seiner politischen Position mit großem Nutzen zu lesen. Carlebach gehörte zu den Genossen, die durch die Vermittlung ihrer Erfahrungen zu Lehrern für eine ganze Generation in der Partei und teilweise weit darüber hinaus wurden. Emil Carlebach war mit seiner Biografie der lebende Beweis für die Unbeugsamkeit des Kommunismus. Für seine politische und journalistische Arbeit erfuhr er großen Respekt und Anerkennung. Als in den 1990er Jahren die Partei vielfältig mit der Verarbeitung der Niederlage durch den vorläufigen Sieg der Konterrevolution in Europa beschäftigt war, gehörte Emil zu den Ersten, die die Frage stellten: Wann hören wir auf zu jammern, wann fangen wir wieder an zu kämpfen? Auf dem Pressefest 1997 war in einer Diskussionsrunde von ihm folgendes zu hören:

„Ich komme ziemlich viel 'rum im Lande, mit Vorträgen und Lesungen aus meinen Büchern und habe dort meistens sehr junge Zuhörer, die nicht der kommunistischen Partei angehören. (...) Von denen werde ich gefragt, wie wir das gemacht haben, diesen tapferen, lebensbedrohlichen Kampf gegen Faschisten und Reaktion und Militaristen zu führen, und was daraus für Lehren für heute und morgen zu ziehen sind. (...) Das Vertrauen und die Achtung, die diese jungen Menschen uns Kommunisten gegenüber haben, (...) beruht auf Dingen, die schon mehr als 50 Jahre zurückliegen. Meiner Meinung nach wird es langsam Zeit, dass wir (...) uns wirklich den Kopf darüber zerbrechen: wie erreichen wir es, dass die Jugend von heute in diesem verdammt Lande begreift, dass die Kommunisten

die sind, die ihnen nicht nur erzählen, was gestern richtig und falsch war, sondern die ihnen vorleben, was morgen und übermorgen notwendig ist.“

Natürlich hat die Partei heute nicht mehr die Autorität dieser Genossinnen und Genossen. Doch sie haben uns viel hinterlassen: Es gibt eine beachtliche Anzahl von Büchern der kommunistischen Zeitzeugen. Filmische Porträts über ihr Leben können für Veranstaltungen mit Jugendlichen genutzt werden.

„Es geht um euch selbst, um eure Zukunft“

Auch Peter Gingold hat uns zu seinen Lebzeiten öfter darauf hingewiesen, dass wir uns Gedanken darüber machen müssen, wie die politische Arbeit der Zeitzeugen fortgesetzt werden kann, wenn sie selbst diese nicht mehr werden leisten können. Wir arbeiten z. B. mit meinem Dokumentarfilm „Zeit für Zeugen – eine Hommage an Ettie und Peter Gingold“. Eine zentrale Szene im Film zeigt Peter Gingold vor der überfüllten Aula einer Gesamtschule, die übrigens als „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ausgezeichnet wurde. Es ist dort mucksmäuschenstill, als er sagt: „Ihr riskiert heute, wenn ihr euch gegen Rassismus und Ungerechtigkeiten wehrt, nicht das, was wir damals riskieren mussten. Aber macht das rechtzeitig. Damit ihr nicht morgen das riskieren müsst, was wir damals zu riskieren hatten.“ Etliche hundert Schülerinnen und Schüler antworten ihm darauf mit Standing Ovations!

Den Gingolds – so wie auch den vielen anderen Zeitzeugen – war es nicht wichtig, über ihre Geschichte als etwas Besonderes zu sprechen. Sie wollten Verantwortung dafür übernehmen, dass sich Vergleichbares nicht wiederholt. Dass Menschenverachtung, Rassismus und Antisemitismus als Gefahr erkannt und bekämpft werden. Schülerinnen und Schüler sind heute bei jeder Demonstration gegen Nazis dabei. Der Film versucht dieses Engagement zu stärken und zu untermauern. „Es geht um euch selbst, um eure Zukunft!“, sagt Peter in der geschilderten Szene.

Auch unsere Ausstellungen mit Porträts und Kurzbiografien von antifaschistischen Widerstandskämpferinnen und -kämpfern aus dem Rhein-Main-Gebiet – bisher über siebzig Biografien

– stoßen vor allem bei Jugendlichen auf große Resonanz. Auch sie bieten die Möglichkeit, die Frage zu stellen, wer Interesse hatte, den Faschismus hervorzubringen, was die Ziele dieses Systems waren

Eine Rückbesinnung auf diese Genossen ist unserer Erfahrung nach Erfolg versprechend und hilfreich bei Überlegungen, wie wir heute den Beitrag der kommunistischen Bewegung im antifaschistischen Kampf für die teilweise erforderliche Reorganisation der Partei nutzen können. Es empfiehlt sich außerdem eine enge Zusammenarbeit von SDAJ und Partei auf diesem Gebiet, wo gemeinsame Kontakte mit linken Antifa-Gruppen entwickelt werden können. Mehrfach entstanden in den letzten Jahren aus der jugendlichen Antifa-Bewegung heraus Versuche, die marxistische Klassenanalyse einbeziehend, eine überregionale Organisationsform zu finden. Eine Beteiligung der DKP an diesen Bestrebungen, ist sinnvoll. Es geht dabei noch nicht um organisatorische Orientierungen oder gar Konsequenzen, sondern um einen verbindlicheren politischen Austausch. Eine gemeinsame marxistische Analyse und Strategie ist gegen die Rechtsentwicklung dringend erforderlich, denn die Faschisierung nimmt rapide zu: Die offene Kooperation mit den Faschisten in der Ukraine, die „Duldung“ der ungarischen Rechten, das Featuring der Staatsmedien für die sog. moderaten Rechten in Deutschland wie EU-weit, der zunehmende Rassismus in Teilen des Staatsapparates, die medialen Mobilisierungsversuche durch Gauck, von der Leyen und Steinmeier etc. – viel mehr Belege braucht man nicht.

Eine qualifizierte Debatte über die marxistische Faschismus- und Klassenanalyse wird die Partei ebenso voranbringen wie die daran interessierten Teile der Antifa-Bewegung. Sie kann zudem ein notwendiger Teil der Bildungsarbeit in der Partei und der SDAJ sein. Aus den Erfahrungen wie den Haltungen, die die Genossen im antifaschistischen Widerstand entwickelten, kann Grundlegendes gelernt werden.



AKTIONSEINHEIT AUFBAUEN – ABER WIE?

Rote Linien antifaschistischer Bündnispolitik. Ein Angebot zur Diskussion

Unter KommunistInnen ist aktuell die Frage nach der Ausrichtung ihrer antifaschistischen Arbeit – und damit auch nach potenziellen Bündnispartnern – umstritten. Markus Bernhardt stellt dazu in T&P Nr. 34 steile Thesen auf: Er fordert mit breiter antifaschistischer Bündnispolitik zu brechen und den „Sozialdemokratismus (nicht nur in der SPD) entschlossen [zu] bekämpf[en]“. Wir wollen im Folgenden vor allem anhand der Antifa-Praxis der SDAJ einen Beitrag zur Debatte einbringen. Dabei argumentieren wir durchaus vor dem Hintergrund der Prämisse der „Integrationsideologie“ des Sozialdemokratismus und des sich daraus ergebenden Charakters der Sozialdemokratie als die soziale Hauptstütze des Monopolkapitals [1]. Dennoch gehen wir aber mit dem Genossen Dimitroff davon aus, dass es bei der Suche nach breitesten Bündnissen um den Kampf gegen den Faschismus und nicht um ein Bündnis zur Überwindung des herrschenden Systems geht. [2]

Konkret: Bündnis mit den Jusos?

Als Arbeiterjugendverband ist die SDAJ in ihrer politischen Praxis häufig mit der Integrationsideologie des Sozialdemokratismus konfrontiert, vor allem in gewerkschaftlichen und betrieblichen Gremien, in der Schülervvertretung (SV), an der Uni oder im Wohngebiet. Hier sind die organisierte Arbeiterklasse und ihre politischen Interessenvertretungen weitestgehend vom „Trade-Unionismus“ durchsetzt. Auf dieses Bewusstsein treffen wir zum einen in der Arbeiteraristokratie und der Arbeiterbürokratie (in Interessenvertretungen in Betrieben und Gewerkschaften und in der Führung von SPD und PdL), wie auch in Teilen der sozialdemokratischen Basis selbst, z. B. bei den Jusos in den Gremien der Gewerkschaftsjugend oder in der SV.

Die Frage nach dem Sinn einer Kooperation mit den Jusos stellte sich für uns häufig ganz praktisch bei der Gründung von Jugendbündnissen zum 1. Mai. Die Strategie der Jusos: Während

in den Bündnissen zum Teil einerseits auf alte Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber der SDAJ gepocht wird, um die Gewerkschaftsjugend in eine künstliche Entscheidungssituation zu zwingen („die oder wir?“), wird andererseits versucht, die gemeinsame Kooperation für die Durchsetzung reformistischer Forderungen zu instrumentalisieren. Für uns ist in den Jugendbündnissen aber entscheidend, welche inhaltlichen Positionen erarbeitet und nach außen vertreten werden – also, ob es uns gelingt, z. B. die sozialdemokratische Aktivistin im Jugendbündnis von den Interessen ihrer Klasse zu überzeugen.

Diese Aufgabe abzulehnen, würde praktisch bedeuten im Kampf um die Verbreitung von Klassenbewusstsein auf ein wichtiges Feld zu verzichten: Interessenvertretungen und politische Organisationen, in denen sich große Teile der Arbeiterklasse (und -jugend) organisieren. Wir arbeiten daher mit diesen KollegInnen zusammen, führen dabei aber einen politischen-ideologischen Kampf gegen ihre Positionen. Denn in der Praxis sind diese Auseinandersetzung die Grundlage dafür, im Kampf für die gemeinsamen Interessen der Klasse den Kampf gegen das bestehende System zu führen.

Interessengeleiteter Ansatz im antifaschistischen Kampf

Antifaschismus stellt für viele Jugendliche einen Zugang zur politischen Aktion dar und ist ein klassisches Arbeitsgebiet des revolutionären Jugendverbandes. Ein Problem auf diesem Feld ist, dass antifaschistisches Handeln – und wenn es sich noch so „radikal“ gebärdet – sich meist auf die Abwehr z. B. gegen faschistische Aufmärsche beschränkt und argumentativ häufig eine rein bürgerlich-moralische Ebene nicht verlässt. Dem stellen wir in Bündnissen und Gremien Initiativen entgegen, die immer von den objektiven Interessen der Arbeiterjugend ausgehen. Wir verweisen also nicht darauf, dass Nazis „doof“ sind, sondern darauf, dass sie uns spalten und unsere gemeinsamen Interessen

verschleiern. Dieser Argumentation können sich auch sozialdemokratisch beeinflusste Gewerkschaftsjugendliche kaum entziehen. Unabdingbar ist dafür vor allem die Auseinandersetzung mit faschistischen Phrasen, sprich: die Entlarvung ihrer sozialen Demagogie. [3]

Wir versuchen also aufzuzeigen, dass der Faschismus mit den eigenen Interessen nicht vereinbar ist und die Abwehr, Verhinderung und Bekämpfung des Faschismus im Interesse der Arbeiterklasse, also der Mehrheit der Bevölkerung, ist. Hier unterscheidet sich unser Vorgehen fundamental von einer „Minderheitenpolitik“, wie sie viele bürgerliche Verbände und Kleingruppen der autonomen „Antifa“ betreiben und mit moralischer Argumentation unterlegen.

Unsere Erfahrungen in der Praxis zeigen, dass dieser interessengeleitete Antifaschismus durchaus bündnistauglich ist. Davon zeugt z. B. das Münchner Jugendbündnis (DGB-Jugend, DIDF-Jugend, ver.di-Jugend und SDAJ) mit seinem Flyer „Keine Stimme den Nazis“ im Vorfeld der letzten EU-Wahlen, in denen es die Aussagen von NPD, REP und AfD zerpflückt und auf gemeinsamen Widerstand orientiert. Oder auch: In Kiel fand vor den EU-Wahlen eine Infoveranstaltung über die AfD statt, in deren Ankündigungstext es u. a. heißt: „Gegen eine Politik, die letztlich nur der Wahrung von Wirtschaftsinteressen dient, können wir uns nur gemeinsam wehren. Die Spaltung der ArbeiterInnen und Angestellten in Deutsch, Nichtdeutsch, arbeitslos etc. schwächt uns in der Auseinandersetzung für unsere Rechte“ [4]. Ausgerichtet wurde der Abend vom Kieler Jugendbündnis gegen Rechts, einem Zusammenschluss von Avanti, DGB-Jugend, Grüner Jugend, IGM-Jugend, PdL-Jugend [solid], SDAJ und: den Jusos!

Antifaschistische Massenblockaden

Und treten Faschisten einmal offen auf, versuchen wir die Aktionseinheit herzu-



stellen. Am Beispiel der gemeinsamen Blockade ihrer Aufmärsche lässt sich sehr gut zeigen, wie das aussehen kann. Als SDAJ orientieren wir hier gegenwärtig vor allem auf friedliche Massenblockaden und versuchen diese Linie auch in den entsprechenden Bündnissen durchzusetzen. Der Vorteil dieser Aktionsform besteht darin, dass sie es ermöglicht, dass auch Gewerkschaftsjugendlichen (am besten sogar BR und JAV) mobilisieren, ebenso wie migrantische Organisationen und andere antifaschistische Bündnispartner. Auch das autonome Antifa-Milieu wird auf dieser Basis angesprochen und versucht zur gemeinsamen Aktion zu bewegen. Eine Herausforderung besteht freilich darin, dass die Konfrontation mit der Staatsmacht bei dieser Aktionsform meist unausweichlich ist. Auf der Grundlage eines gemeinsamen Aktionskonsenses im Bündnis wird es nun aber möglich, dass dennoch politische Kräfte von der Sozialdemokratie bis zum autonomen Milieu – geeint im gemeinsamen Ziel, sich den Faschisten in den Weg zu stellen – agieren.

Wir sprechen also – trotz der kritischen Auseinandersetzung um die richtige politisch-ideologische Linie – alle Organisationen der Arbeiterbewegung und alle Organisationen mit antifaschistischem Anspruch an, mit uns gemeinsam in die Aktionseinheit zu gehen. Ebenso alle Jugendorganisationen, die für uns erreichbar sind. Die Einheitsfront der Arbeiterklasse ist hier die Grundlage für die weitere Einbeziehung von Bündnispartnern – und nicht umgekehrt. Auch wenn die sozialdemokratische Führung versuchen wird, dieses Bündnis zu verhindern (wie es vielerorts immer wieder vor dem 1. Mai geschieht), so ist eben dieser Interventionsversuch für uns ein Ansatzpunkt der Agitation gegenüber unseren Bündnispartnern, vor allem den sozialdemokratischen BündnisvertreterInnen, um die objektive Funktion des Sozialdemokratismus zu entlarven. [5]

Antifaschismus heißt Klassenorientierung

Gerade in einer Zeit der Offensive des Kapitals, in der Faschisten wieder 1.-Mai-Demonstrationen angreifen oder gezielt z. B. SDAJ-Mitglieder verfolgen und zusammenschlagen, gilt es der faschistischen Bewegung entgegenzutreten.

Bündnisarbeit spielt hier eine zentrale Rolle. Sicherlich wird in der Praxis noch zu oft die eigene kommunistische Positionierung in Bündnissen aufgegeben. Dabei ist es aber dennoch nicht falsch, an der Orientierung auf möglichst breite Bündnisse festzuhalten. Die Voraussetzung dafür ist aber, dass die Positionierung der KommunistInnen offen und ehrlich erfolgt – nicht vor sich selbst, sondern eben in der Auseinandersetzung mit den Opportunisten. Wenn wir KommunistInnen nicht erkennbar als solche auftreten und um die richtige Position ringen, haben wir in diesem Bündnis auch nichts verloren.

Damit ergeben sich auch „rote Linien“ für die Kooperation mit der Sozialdemokratie in der Bündnisarbeit: Sind auch unsere sozialdemokratischen Bündnispartner bereit einen Aufruf zu unterzeichnen, in dem das Profitinteresse der herrschenden Klasse entlarvt wird, in dem weit über moralisches Empörtsein hinausgegangen und z. B. der Charakter des Staates angegriffen wird? Und vor allem: Sind sie bereit, zu zivilem Ungehorsam im Sinne friedlicher antifaschistischer Massenblockaden aufzurufen? Unsere Aufgabe sehen wir darin, hier zu überzeugen bzw. zumindest diese Punkte durchzusetzen. Denn dazu gibt es u. E. keine Alternative: ist doch letztlich sogar eine gewonnene Straßenschlägerei gegen die Faschisten nichts im Vergleich zu auch nur einem Jugendlichen mehr, der seine wirklichen Klasseninteressen erkannt hat.

Was macht also antifaschistische Bündnisarbeit aus?

Weil jeder Bündniskonsens oftmals ein politisch-taktischer Kompromiss bleibt und die jeweiligen lokalen Besonderheiten der Akteure und BündnispartnerInnen berücksichtigt werden müssen, müssen wir anhand von validen Kriterien die Sinnhaftigkeit bei der Unterstützung eines Bündnisses prüfen. Bevor wir also z. B. ein Bündnis verlassen oder bei gemeinsam organisierten Protesten mit mehreren Aufrufen oder eigenen Flugblättern auftreten, sollten wir diese Entscheidungen anhand von definierten Kriterien für die Bewertung antifaschistischer Bündnisse überprüfen. In der SDAJ sehen diese „rote Linien“, hinter die wir nicht zurückweichen wollen, also wie folgt aus:

1. Antifaschistische Bündnisarbeit muss Massenwirksamkeit entfalten können und darf nicht auf eine Szene bereits politisierter Jugendlicher, moralisch Empörter etc. beschränkt bleiben.
2. Sie muss die soziale Demagogie des Faschismus widerlegen und den entgegengesetzten Klassenstandpunkt der Faschisten entlarven.
3. Sie muss an den unmittelbaren Klasseninteressen der Jugendlichen in Schule, Uni und Betrieb anknüpfen und aus diesen einen antifaschistischen Standpunkt herleiten.

Diese Kriterien wollen wir hiermit zur Diskussion stellen – und damit ein Angebot zur Strukturierung der kommunistischen Selbstverständigung über die antifaschistische Strategie unterbreiten.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Vgl. Lloyd, Jürgen/Münder, Renate: Die Sozialdemokratie als soziale Hauptstütze des Kapitalismus. Ein Briefwechsel. In: T&P Nr. 33, S. 12–14.
- [2] „Aber schlagen wir euch heute etwa eine Einheitsfront zur Proklamierung der Diktatur des Proletariats vor? Das schlagen wir doch einstweilen nicht vor.“ Vgl. Dimitroff, Georgi: Die Offensive des Faschismus ... (1935), Bericht an den VII. Weltkongress der KI, S. 34.
- [3] So wie wir es z. B. in den Wahlprüfsteinen zur Bundestagswahl 2013 gemacht haben, in denen wir konkret auch die Forderungen der NPD zum Vergleich herangezogen haben und zusätzlich in einem Kasten hervorgehoben haben, dass sich die NPD von den etablierten bürgerlichen Parteien unterscheidet, und warum wir für ein Verbot nach Art. 139 GG eintreten. Vgl. SDAJ Bundesvorstand: Wähle den Weg des Widerstandes! POSITION Extra zur Bundestagswahl 2013. Essen. Als PDF im Internet, z. B. www.sdaj-hessen.de/files/2013/08/posiextra_BTW_finaldruck-Kopie.pdf (Abgerufen am 27.5.2014).
- [4] Vgl. www.juso-hsg.uni-kiel.de/?p=744 (Abgerufen am 27.5.2014).
- [5] Vgl. auch Grüß, Männer: Wenn Nazis marschieren, ist blockieren Pflicht. Erfahrungen antifaschistischer Mobilisierung in Berlin, T&P Nr. 20, S. 19–20.



NEOLIBERALE HERRENRUNDE IM PROTEST-KOSTÜM

REP reloaded?

Mit dem jüngsten Einzug von sieben Abgeordneten der in der öffentlichen Diskussion vor allem als „eurokritisch“ wahrgenommenen „Alternative für Deutschland“ (AfD) ins Europäische Parlament, ist es zum ersten Mal seit 25 Jahren auf nationaler Ebene in der Bundesrepublik Deutschland wieder gelungen, eine politischen Formation rechts von CDU/CSU und FDP parlamentarisch zu platzieren. Damit hatten zuletzt die inzwischen nahezu in der Versenkung verschwundenen „Republikaner“ (REP) vorübergehend Erfolg. Als die REP unter Führung des Journalisten und ehemaligen Fernsehmoderators Franz Schönhuber 1989 mit knapp über zwei Millionen westdeutscher Wählerstimmen ins Straßburger Parlament einzogen, war die Ausgangssituation für die Rechte schwieriger und einfacher zugleich. Einfacher, weil zahlreiche Hauptakteure der politischen Szene des Bonner Staates über ihre Vergangenheit in Nazi-Deutschland mit den Vertretern der äußersten Rechten weltanschaulich und auf sozialer Ebene verbunden waren. Mit der so bezeichneten „Spaltung der Nation“ gab es zudem ein auf breiter Basis mobilisierungsfähiges Thema. Aber gerade der biographische Hintergrund des politischen Personals der BRD machten es Parteien rechts von der CDU/CSU zugleich auch schwer, sich in der politischen Arena dauerhaft zu platzieren. Zwar konnten rechte Strömungen einerseits in einem für sie günstigen Klima des Kalten Krieges gedeihen, auf der anderen Seite integrierten die Christdemokraten und Christsozialen auch die Wähler in Westdeutschland, die der extremen Rechten zuneigten.

Ein Vierteljahrhundert später ist Deutschland in „wiedervereinigter“ Form zur unübersehbaren Führungsmacht in der Europäischen Union aufgestiegen. Dennoch ist der vorläufige Durchbruch von rechts erst jetzt – nun in Gestalt der AfD – gelungen.

Reiche Führer – arme Wähler?

Der Rechtspopulismus [1] ist dem seit längerer Zeit selbstgesteckten Ziel der politischen Rechten, nämlich der Nationalisierung der Arbeiterklasse, seit den 1980er Jahren ein gutes Stück näher gekommen. Dies gilt zwar nicht in allen Ländern mit entsprechender politischer Konstellation gleichermaßen, lässt sich doch in jedem Fall als eine Tendenz festhalten. Auch den REP gelang ein entsprechender Einbruch in Wählerschichten aus der Arbeiterklasse. Der Spiegel beschrieb in seiner Nummer 22/1989 die Wählerschaft der REP folgendermaßen: „Ehemalige Unionswähler, Wende-enttäuschte [das heißt von den Ergebnissen der Anfang der 1980er Jahre verkündeten „geistig-moralischen Wende“ ernüchert – Anmerkung von Ph. B.], alte Nationalliberale, Rot-Wähler aus den sozial gebeutelten Arbeitervierteln, Winzer und Bauern, die sich als Opfer europäischer Agrarpolitik sehen (...)“ Eine ähnliche, aber zeitgeschichtlich aktualisierte Gemengelage findet man auch bei der AfD. Wie in einem Beitrag Gerhard Pauls in Nummer 9/1989 der Gewerkschaftlichen Monatshefte nachzulesen ist, ließen sich soziale Protesthaltungen und nationalistische Gesinnungsmuster als Motivationsquellen für die Stimmabgabe zugunsten der REP ausmachen. Konkret sprachen sich fast zwei Drittel der REP-Wähler gegen die Oder-Neiße-Grenze aus, 99 Prozent waren der Auffassung, dass es zu viele Ausländer in der Bundesrepublik gebe und ebenfalls zwei Drittel waren mit dem politischen System der BRD unzufrieden. Bemerkenswert: Zwei Drittel der damaligen SPD-Anhänger, die mit einem Votum für die Schönhuber-Truppe liebäugelten, erklärten dies aus folgendem Grund heraus zu tun: „(...) damit sich die anderen Parteien mehr um die Belange der kleinen Leute kümmern.“

Schon bei der letzten Bundestagswahl zog die AfD bereits über 400.000 Stimmen von der FDP ab und vermaselte dieser damit den Parlamentseinzug. Da 2009 bei den Liberalen immer-

hin ungefähr jeder achte Arbeiter sein Kreuz machte – um auf verquere Weise seinen Protest auszudrücken – ist es möglich, dass sich unter diesen (von den Instituten nicht nach sozialen Kriterien aufgeschlüsselten) zur AfD gewanderten Wählern ebenfalls Arbeiterstimmen befinden. Bestimmt wird die Anhängerschaft der AfD, einer im Auftrag des „stern“ erhobenen Forsa-Untersuchung zufolge, aber von anderen Gruppen: Potenzielle Zustimmungsraten von bis zu 20 Prozent werden unter Selbstständigen und sogar von 34 Prozent bei Rentnern sowie von 62 Prozent bei Angestellten, aber nur von 8 Prozent unter Arbeitern festgestellt – was über die Klassenlage auch nur begrenzt Auskunft gibt.

Klarer wird das Bild über den Charakter der AfD, wenn man sich den sozialen Träger und die Führungszirkel der Partei ansieht. Der sich in der Partei angeblich äußernde Protest wird von denen getragen, die selbst den Eliten dieses Landes entspringen und sich als fähigere Gegen-Elite inszenieren. Für sie ist nun der seit Jahren über den angeblich grassierenden „Neosozialismus“ lamentierende ehemalige Industriellen-Chef Hans-Olaf Henkel in den Ring gestiegen – und diese Art unverhohlener Unterstützung fehlte den REP in relevantem Maße. Mit im Gepäck hat der Ex-IBM-Manager zahlreiche Ökonomie-Professoren wie Parteisprecher Bernd Lucke sowie das Wohlwollen vor allem von Familienunternehmern, worauf der Soziologe Andreas Kemper verschiedentlich hingewiesen hat.

Die von Henkel mit initiierte wirtschaftsnahe Lobbygruppe „Konvent für Deutschland“ mahnt seit Jahren zur „Reform der Reformfähigkeit“ und macht damit klar, dass Teilen der Kapitalisten die bisher unternommenen sozialpolitischen Einschnitte beispielsweise in Form der „Agenda 2010“ noch nicht weitreichend genug sind und zudem um Änderungen im Staatsaufbau zu ergänzen wären. Lucke geißelte schon 2005 zusammen mit anderen Wirtschaftsprofessoren das „Hochlohn-



land Deutschland“ und schlug „Lohnspreizung“ als Problemlösung vor. Die inzwischen als „Die Familienunternehmer“ firmierende Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer, die AfD-Chef Lucke kurz vor der letzten Bundestagswahl beispielsweise in das Haus der Siegerländer Wirtschaft einlud, mahnte in einem bereits 1995 veröffentlichten Papier zur „Demokratiereform“. Vor dem Hintergrund einer von ihr ausgemachten „ordnungspolitische[n] Verwahrlosung Deutschlands“ und der „Deformation der parlamentarischen Demokratie“ forderte sie die „Zähmung der Parteienherrschaft“ und „konstitutionelle Schranken für die totalitäre Demokratie“. Die mit dieser Schützenhilfe an den Start gebrachte Partei erweckt den Anschein einer unverbrauchten Protestgruppierung. Laut Forschungsgruppe Wahlen bekundeten zwar 60 Prozent der Befragten, die am 25. Mai dieses Jahres für die AfD votierten, die Partei wegen ihrer Inhalte gewählt zu haben, aber die Motivation zur Stimmabgabe von 39 Prozent ließ sich unter „Denkzettel“-Wahl subsumieren.

Der Platz der AfD im bürgerlichen Parteienspektrum

Die AfD hat nun zur EU-Wahl mit leichter Verspätung das geschafft, wovon die Kräfte rechts der Union lange geträumt haben: parlamentarische Präsenz auf relevanter Ebene. Mit diesem Rückenwind

visiert die Partei nun die im Herbst anstehenden Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen an. Sollte der Partei dort der Parlamentseinzug gelingen, stellt sich konkret die Frage, ob und wie sich die AfD in das bundesdeutsche Koalitionskarussell einbinden lässt. Mit dem aktuellen Niedergang der FDP befindet sich die Union vor dem Problem, wie abseits von Großer Koalition und Schwarz-Grün eine politische Mehrheit herzustellen sei. Erika Steinbach, Mitglied des CDU/CSU-Fraktionsvorstandes im Bundestag, ist bisher die prominenteste Unionsvertreterin, die sich für eine Öffnung in Richtung der AfD ausgesprochen hat. Beate Landefelds Einschätzung der AfD als einer „bürgerliche[n] Reservepartei für die CDU/CSU“ könnte dadurch Bestätigung erfahren. Der Union stünde damit eine politische Kraft als potenzielle Mehrheitsbeschafferin oder Koalitionspartei zur Verfügung, die einen neoliberalen Standpunkt in wirtschaftspolitischen Fragen vertritt, unbelastet vom Bürgerrechtsflügel der FDP. In gesellschaftspolitischen Fragen und bei Themen der „Inneren Sicherheit“ könnte sie jedoch die Union weiter nach rechts treiben – und wäre zugleich dazu imstande, mit dem Geruch der Opposition Protestpotenziale an ein solches Projekt zu binden.

Steinbach, und so schließt sich der Kreis, gehörte 1991 bereits zu den Bundestagsabgeordneten, die im Sinne des

Weltbilds der damaligen REP-Anhänger abstimmte: Gemeinsam mit 22 anderen Abgeordneten der Union votierte das heutige Haupt des „Bundes der Vertriebenen“ gegen den deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag und den Grenzvertrag, der die Oder-Neiße-Linie als Ostgrenze der Bundesrepublik festlegte. Die Neuziehung der deutschen Außengrenzen steht indes zurzeit nicht als Tagesaufgabe der politischen Rechten an. Mit den beinahe namensgleichen Zielstellungen „Europäische Union der Vaterländer“ (Steinbach) und „Europa der Vaterländer“ (Henkel) sind die Stichworte, an denen ein Zusammengehen möglich ist, jedoch markiert.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Ob die AfD in Gänze dem Rechtspopulismus zuzuschlagen ist und wie andere Vorschläge zur Einordnung der Gruppe (nationalliberal, rechtskonservativ, ultrareaktionär ...) zu bewerten sind, kann an dieser Stelle nicht abschließend geklärt werden. Festhalten lässt sich jedoch mit Andreas Wehr, der das EU-Wahlprogramm der AfD analysiert hat: Der „zentrale Widerspruch im Programm der AfD zwischen der Forderung nach Entbürokratisierung, Dezentralisierung und Stärkung demokratischer Teilhaberechte einerseits und dem Eintreten für mehr Wettbewerb und Binnenmarktfreiheiten andererseits ist typisch für nahezu alle rechtspopulistischen Parteien in der EU.“ (jW vom 2. April 2014)



Hannes Fellner*

„ALLMÄCHTIG, WEIL SIE WAHR IST“

Anmerkungen zu Lenins „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus“

Vor 101 Jahren veröffentlichte Lenin seine Schrift „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus“ [1] in der dritten Nummer des theoretischen Organs der Bolschewiki „Prosveshcheniye“ (Bildung), welche Marxens 30. Todestag gewidmet war. In ihr zeigt Lenin auf, dass der Marxismus als Synthese von Philosophie, politischer Ökonomie und Sozialismus, zu dem „Besten, was die Menschheit im 19. Jahrhundert (...) hervorgebracht hat“ in einem Erb- und Fortsetzungsverhältnis steht. So heißt es in der Einleitung:

„Die Geschichte der Philosophie und die Geschichte der Sozialwissenschaft zeigen mit aller Deutlichkeit, dass der Marxismus nichts enthält, was einem ‚Sektierertum‘ im Sinne irgendeiner abgekapselten, verknöcherten Lehre ähnlich wäre, die abseits von der Heerstraße der Weltzivilisation entstanden ist. Im Gegenteil: Die ganze Genialität Marx' besteht gerade darin, dass er auf die Fragen Antworten gegeben hat, die das fortgeschrittene Denken der Menschheit bereits gestellt hatte. Seine Lehre entstand als direkte und unmittel-

bare Fortsetzung der Lehren der größten Vertreter der Philosophie, der politischen Ökonomie und des Sozialismus.“ Insbesondere die klassische deutsche Philosophie, die klassische englische politische Ökonomie und der französische Sozialismus sind, so argumentiert Lenin, im Marxismus aufgehoben – in der dreifachen Hegelschen Bedeutung von „aufheben“ als negieren, bewahren, auf eine höhere Stufe heben – und genau darum nicht nur Quellen, sondern gleichzeitig Bestandteile.

Lenins „Drei Quellen und drei Bestandteile“ beinhaltet einen der umstrittensten Sätze des Marxismus: „Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist.“ Seit seinem Bekanntwerden haben die Gegner des Sozialismus diesen Satz (meist aus seinem Kontext gerissen) immer wieder als Argument für den quasi-religiösen und dogmatischen Charakter des Marxismus herangezogen. Selbst nicht wenigen sich als Marxistinnen und Marxisten verstehenden Menschen war und ist diese apodiktisch scheinende Aussage Lenins nicht zuletzt angesichts der Niederlage des ersten Anlaufs zum Sozialismus in Europa nicht geheuer.

Will man diesen Satz verstehen, gilt es seinen Zusammenhang zu berücksichtigen. Das ist auf der einen Seite der Text, in welchem er steht, auf der anderen Seite die im Text aufgewiesene philosophische Tradition, in welche Lenin den Marxismus zu stellen wusste.

Das Wahre ist das Ganze

Zunächst: Dem russischen Wort **всесильный** (*wsesilnyj*) des Originals haftet nicht die religiöse Bedeutungskomponente an, die beim Erklingen des Wortes allmächtig im Deutschen mitschwingt. (Gott ist im russisch-orthodoxen Zusammenhang zwar auch allmächtig, dies wird aber gerade nicht mit dem Wort **всесильный** ausgedrückt). Russisch **всесильный** setzt sich aus **все** (*wse*) ‚alle‘ und **сильный** (*silnyj*) ‚stark‘ zusammen, und die bessere, aber umständlichere, deutsche Übersetzung im Zusammenhang des erwähnten Satzes in „Drei Quellen und drei Bestandteile“ – will man ungewohntes ‚allstark‘ vermeiden – wäre „Die Lehre von Marx ist im Bezug auf Alles/das Ganze stark, weil sie wahr ist.“

Im Kontext von „Drei Quellen und drei Bestandteile“ bedeutet „das Ganze“ zunächst die drei „Quellen und drei Bestandteile“ des Marxismus. Philosophie, politische Ökonomie und Sozialismus sind im Marxismus nicht vereinzelte Komponenten eines Weltbildes, sondern bilden einen Zusammenhang. Die Stärke des Marxismus macht nach Lenin der Umstand aus, dass Marx und Engels nicht nur den Wissensstand der gesellschaftlich und politisch relevantesten Wissenschaftsgebiete und Ideen ihrer Zeit aufnahmen und für sich vereinzelte weiterentwickelten, sondern dass

sie gerade in der Synthese dieser eine wissenschaftliche Weltanschauung entwickelten.

Erfassung einer Gesellschaftsform Grundlage für Veränderung

Als Philosophie will die wissenschaftliche Weltanschauung des Marxismus die Welt nicht nur interpretieren, sondern verändern. Die Möglichkeit zur Veränderung der Welt setzt zweierlei voraus:

1. Die Einsicht in die vergangene und aktuelle Entwicklung menschlicher Gesellschaft und Geschichte, also die politische Ökonomie: „Grundlage (der) wissenschaftlichen Einschätzung von historischen Prozessen ist die Einsicht, dass deren entscheidende Triebkraft die Entwicklung der Produktivkräfte in den ihnen entsprechenden Produktionsverhältnissen ist, und dass die Entwicklung der Produktivkräfte fortschreitend in Widerspruch zu dem in den Institutionen der Gesellschaft festgeschriebenen Typus von Produktionsverhältnissen gerät; die Analyse einer bestehenden gesellschaftlichen (und das heißt auch: politischen) Situation und der ihr angemessenen politischen Strategie beruht auf dieser Einsicht und schließt sowohl die Erfassung der allgemeinen Grundlage und Wesensstruktur einer Gesellschaftsformation als auch ihrer zahlreichen besonderen Durchsetzungsmechanismen und Widersprüche ein.“ [1]

2. Die Einsicht in die zukünftigen Gestaltungsmöglichkeiten menschlicher Gesellschaft und Geschichte: „Der Marxismus entwirft – als wissenschaftlicher Sozialismus – den Grundriss einer humanen Gesellschaftsordnung. Er tut dies nicht, indem er ein ausgedachtes und erhofftes Bild der Menschlichkeit utopisch auf eine zukünftige Gesellschaft projiziert, sondern indem er aufgrund der Analyse der Wesensgesetze des Geschichtsprozesses die Möglichkeiten aufzeigt, die sich als Folge der gegenwärtigen Vergesellschaftungsformen für die Zukunft ergeben. Dabei stellt sich ein Bild menschlicher Daseinsgestaltung her, von dem sich die gegenwärtige Wirklichkeit als unmenschlich abhebt. Die Einsicht in die gesellschaftlichen Gründe, die die Verwirklichung des historisch herangereiften Gattungswesens des Menschen blockieren, erlaubt es, das politische

Handeln auf das Ziel dieser Verwirklichung auszurichten.“ [2]

In einem weiterem Zusammenhang hat „das Ganze“, welches in dem Leninschen Wort „allmächtig“ steckt, aber eben auch explizit philosophische Bedeutung und muss mit dem Wörtchen „wahr“ im dem berichtigten Satz zusammen gedacht und verstanden werden.

In der alltäglichen wissenschaftlichen, politischen Erfahrung weist jeder Gegenstand, jeder Prozess, jedes Verhältnis über sein begrenztes Feld hinaus. Gegenstände sind in Strukturen eingebettet, Prozesse in Systeme, Verhältnisse in größere Zusammenhänge. Dem Alltagsverstand genügen die auf ihn wirkenden einzelnen Segmente der Welt, die Einzelwissenschaften sind notwendigerweise auf sie beschränkt und der politische Reformismus gefällt sich sogar in seiner Unfähigkeit, über seine eigene auf Einzelnes fixierte Begrenztheit hinaus denken oder handeln zu müssen.

Wissenschaft des Gesamtzusammenhangs

Eine wissenschaftliche Weltanschauung hingegen hat die Aufgabe, Teilaspekte, Ausschnitte, Segmente der Wirklichkeit auf ihre Zusammenhänge und, vermittelt über Zwischenschritte, auf das Ganze hin zu denken und dementsprechend zu handeln.

Da wissenschaftliche Erkenntnisse und politische Einschätzungen über Teilaspekte, Ausschnitte, Segmente immer nur Erkenntnisse über einen Teil der Wirklichkeit sind, kommt ihnen auch nur relative Wahrheit zu, denn, wie Hegel formulierte, „das Wahre ist das Ganze“. Das Ganze ist die Welt, die als Totalität kein Gegenstand der Erfahrung sein kann, wohl aber methodisch als Begriff konstruiert und in einem begrifflichen Modell, einem philosophischen Weltentwurf abgebildet werden kann.

Die Dialektik, deren Kern die Lehre vom Widerspruch mit ihren von Hegel entdeckten und formulierten Entwicklungsgesetzen bildet, mit welchen sich die Bewegung des Seins (in Natur, Gesellschaft und Denken), als Selbstbewegung aufgrund innerer Widersprüche begreifen lässt, ist im Marxismus das



Konstruktionsprinzip des Gesamtzusammenhangs und somit gleichzeitig Methode und System. In diesem Sinne ist die marxistische Philosophie, wie Engels es formulierte, „Wissenschaft des Gesamtzusammenhangs“.

Der Marxismus als „Wissenschaft des Gesamtzusammenhangs“ hat die Aufgabe, die sich immer erweiternde, systematisch zusammenhängende Gesamtheit wissenschaftlichen Wissens zu integrieren und zu einer politischen Handlungsanleitung zu systematisieren, was einschließt, dass er sich als spezifische Reflexionsform seiner eigenen Epoche erkennt und also nicht außerhalb der Geschichte stellt. So unterwirft der Marxismus sich selbst, seine Theoreme und Argumentation rationalen Kriterien, denen gemäß sie als allgemein nachvollziehbar und im besten Falle als zwingend erwiesen werden können. Der Weltentwurf des Marxismus lässt sich so als ein Modell von relativem Wahrheitsgehalt darstellen, das in unendlicher Annäherung an die absolute Wahrheit (die Totalität) stets wieder (selbst)kritisch aufgesprengt werden muss.

Wenn Lenin nun davon spricht, dass die Lehre von Marx allmächtig, also im Bezug auf Alles/das Ganze stark ist, geht es um den philosophischen Entwurf von Welt, der, weil wissenschaftlich fundiert und begründet, seinen eigenen Platz (selbst)kritisch logisch-historisch reflektierend als Einheit von Theorie und Praxis wahr ist. Und, so könnte man ergänzen, die Lehre von Marx ist wahr, gerade weil sie sich auf Alles/das Ganze bezieht.

Fehlt dem Marxismus der Bezug auf das Ganze, verliert er an Wahrheitsgehalt und damit Wirkkraft. Gerade die Vernachlässigung der philosophischen Quellen und Bestandteile des Marxismus, die Aufgabe des Anspruches „Wissenschaft des Gesamtzusammenhangs“ zu sein, hat sich historisch für kommunistische Parteien als Orte, an welchem sich die Einheit von Theorie und Praxis in der Praxis realisieren sollte, stets als schädlich erwiesen. Diese Verarmung und Verkümmern marxistischer Theorie war, über verschiedene Stufen vermittelt, nicht nur einer der Gründe für den Untergang des Sozialismus in Europa, sondern ist auch heute noch

ein bedeutender Grund für die relative Schwäche von kommunistischen Parteien. Dass heute die Philosophie im Proletariat nicht ihre materiellen und das Proletariat in der Philosophie nicht seine geistigen Waffen findet, ist ein bedeutendes Hindernis für die Wiedererstarkung kommunistischer Parteien.

* *Hannes Fellner ist Landesvorsitzender der PdA Wien und Vorstandsmitglied der Salzburger Gesellschaft für Dialektische Philosophie.*

Quellen und Anmerkungen:

- [1] LW, Bd.19, S. 3-9
- [2] Hans Heinz Holz, Niederlage und Zukunft des Sozialismus, S. 25, (im Netz: „10 Thesen zur marxistisch-leninistischen Theorie“ www.tundp.info/HHH_10Thesen.htm)
- [3] Hans Heinz Holz, Niederlage und Zukunft des Sozialismus, S. 74 (im Netz: „Philosophisch-politische Perspektiven des Marxismus heute“ http://toposzeitschrift.de/27_holz.htm)



Inge Humburg

VERWERTUNGSBASIS DES KAPITALS UNTERGRABEN?

Appell zur Auseinandersetzung mit dem Buch „Die große Entwertung“

Die Gründe, keinen Bock auf die Ergüsse der Krisis Gruppe zu haben sind zahlreich: Ihre Ablehnung von Klassen und Klassenkampf; die Antisemitismuskeule gegen den „Arbeiterbewegungsmarxismus“; ihre Gleichsetzung von Ausbeutern und Ausgebeuteten als Opfer der „Maschine Kapitalismus“; ihre Gleichsetzung von Kapitalismus und realem Sozialismus; ihre Leugnung von Monopol und Imperialismus und ihre reformistische und idealistische Transformationstheorie als Werk des „aufgeklärten Individuums“. Dennoch gibt es zwei Punkte in der Theorie von Ernst Lohoff und Norbert Trenkle [1], die uns in der Erkenntnis der heutigen Wirklichkeit weiterbringen könnten, mindestens aber die Auseinandersetzung lohnen:

1. Dem Kapital geht die wertschaffende Arbeit aus

Da ist zum einen der Versuch, die Entwicklung des Kapitalismus konsequent aus dem Widerspruch von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zu erklären, ein Ansatz, den wir in den uns sonst bekannten aktuellen Krisentheorien vermissen. Die Autoren knüpfen an dem bekannten Satz von Marx aus den „Grundrissen“ an: „Das Kapital ist selbst der prozessierende Widerspruch [dadurch], dass es die Arbeitszeit auf ein Minimum zu reduzieren strebt, während es andererseits die Arbeitszeit als einziges Maß und Quelle des Reichtums setzt. (...) Nach der einen Seite hin ruft es also alle Mächte der Wissenschaft und der Natur wie der

gesellschaftlichen Kombination und des gesellschaftlichen Verkehrs ins Leben, um die Schöpfung des Reichtums unabhängig (relativ) zu machen von der auf sie angewandten Arbeitszeit. Nach der andren Seite will es diese so geschaffnen riesigen Gesellschaftskräfte messen an der Arbeitszeit und sie einbannen in die Grenzen, die erheischt sind, um den schon geschaffnen Wert als Wert zu erhalten.“ [2]

Diesen Widerspruch habe der Kapitalismus trotz verheerender zyklischer Krisen – so die Verfasser – „rund 150 Jahre lang“ progressiv lösen können, weil er sich „so schnell auf immer neue Regionen und Produktionszweige“ ausgedehnt habe, „dass absolut betrachtet (aufs Ganze der kapitalistischen Ver-

wertung bezogen) der Bedarf an Arbeitskräften wuchs, obwohl gleichzeitig relativ (auf die einzelne Ware bezogen) durch den technischen Fortschritt ständig Arbeit eingespart wurde“ (S. 33). Der Profit als Antriebsmotor des Kapitals sei deshalb, wohl nicht in seiner Rate, aber in seiner Masse zyklusübergreifend gestiegen. Auch aus der schweren Krise 1929 habe der Kapitalismus noch einmal, wenn auch erst nach Staatsintervention und Krieg, mit dem Fordismus einen solchen Ausweg gefunden, hauptsächlich weil die Mehrwertproduktion durch die Durchdringung bisher nur begrenzt vom Kapital erfasster Bereiche wie Haushalt, Handwerk und Landwirtschaft ausgeweitet werden konnte (S. 34 ff).

Jetzt aber (S. 52 ff) trete der Kapitalismus in eine Phase ein, in der die Entwicklung der Produktivkräfte dauerhaft die Verwertungsbasis des Kapitals untergrabe, d. h. zu gewaltig werde für die engen kapitalistischen Produktionsverhältnisse, d. h. „die Gesellschaft ist zu reich für den Kapitalismus“. (S. 285)

Seit dem Beginn der 3. Industriellen Revolution (IT) in den 70er Jahren bleibe nämlich „weltweit“ der Neubedarf an wertschaffender Arbeitskraft durch neue industrielle Produkte, trotz rasanter Produktinnovation, hinter der durch die Entwicklung der Produktivkräfte in der Industrie überflüssig werdenden Arbeitskraft zurück. Dem Kapital ginge also durch die Entwicklung der Produktivkräfte die wertschaffende Arbeit aus. Dies bedeute gesamtgesellschaftlich einen sich beschleunigenden Prozess einer Verringerung der Verwertungsbasis, also eine Verringerung des vom fungierenden Kapital erzeugten Profits nicht nur der Rate, sondern auch der Masse nach. Mit anderen Worten: zyklusübergreifende chronische Überakkumulation von Kapital.

2. Epoche des „fiktiven Kapitals“

Die dennoch bewahrte relative Stabilität des Kapitalismus trotz der chronischen Überakkumulation erklären sie mit der gut dreißigjährigen Phase einer gigantischen Aufblähung des Finanzsektors. Sie sprechen von einer „Epoche des fiktiven Kapitals“ (S. 209). Grundsätzlich ist das fiktive Kapital ein Anhängsel der Kapitalverwertung (S. 162 ff), seine Bedeutung habe sich aber im Alterungsprozess des Kapitalismus verschoben,

bis hin zu der jüngsten Phase, in der es zeitweilig das dynamischste Element des Kapitalismus geworden sei, was die Verfasser „inversen Kapitalismus“ (S. 216) nennen.

Das massenhaft in der Warenproduktion „arbeitslose“ Kapital ströme in die Finanzsphäre und bewirke dort eine Inflation (= Aufblähung von Preisen ohne Wertsteigerung). Die Inflation in dieser Sphäre unterscheidet sich aber von der am Warenmarkt. „Steigen die Preise von Aktien, Wertpapieren und anderen Spekulationsobjekten, (...) erscheint dies als Verwertung von Kapital, weil das solcherart angelegte Geld sich (...) vermehrt“, solange noch die progressiv wachsende „Akkumulation von Eigentumstiteln anhält.“ Die Eigentumstitelproduktion hat sogar eine Wachstum auslösende Rückwirkung in der Warenproduktion. Real vollzog sich das vor allem im pazifischen Defizitkreislauf: Aus den Spekulationsgewinnen und der Verschuldung wurde der Kauf der in Asien hergestellten Konsumgüter für die zunehmend deindustrialisierten USA finanziert. Die dadurch realisierten Profite der Hersteller wurden wieder in den Finanzmarkt der USA eingespeist, wo sie die Produktion von Eigentumstiteln befeuerten (S. 238 ff).

Die Vermehrung des fiktiven Kapitals sei aber nicht grenzenlos. Sie sei durch ein zwar elastisches, aber nicht reiðendes Band mit der Wertproduktion verbunden (S. 156 ff). In der Eigentumstitelproduktion werden ja keine Werte erzeugt. Es handle sich vielmehr nur um einen Vorgriff auf „zukünftige (erwartete reale) Verwertung“. Notwendigerweise muss aber der Höhenflug durch exponentiellen Vorgriff auf erwartete künftige Verwertung irgendwann zusammenbrechen und zu einer unvermeidlichen explosionsartigen Entwertung des fiktiven Kapitals führen. Damit würde sich dann auch die verschobene strukturelle Krise der Warenproduktion umso drastischer Bahn brechen. Derzeit werde der Tsunami der Entwertung des fiktiven Kapitals nur noch mit Mühe durch die Schwemme billigsten Geldes aus den Notenbanken eingedämmt (S. 260 ff).

Die Aufblähung des Finanzsektors und seine zeitweilig anschiebende Rückwirkung auf die Warenproduktion und den Aufbau von Arbeitsplätzen in

unproduktiven Sektoren („piss down“) ist von vielen Autoren beschrieben worden. Auch ein Ursachenzusammenhang zwischen der Finanzblase und einer strukturellen Überakkumulation in der Warenproduktion wird hier und da analysiert. Was meines Wissens aber originär Krisis Gruppe ist, ist die Behauptung, dass die Produktivkräfte mit der dritten industriellen Revolution einen Entwicklungsstand erreicht hätten, in dem sie nicht mehr nur zyklisch, sondern dauerhaft und fortschreitend die Verwertungsbasis des Kapitals untergraben würden – also ihre These, dass dem Kapital und zwar weltweit, tendenziell die wertschaffende Arbeit ausgehe. Sie knüpfen dabei an die Vision von Marx in den Grundrissen [3] und an die Diskussion über die „Krise der Arbeitsgesellschaft“ Ende der 70er Jahre an. [4]

3. Konsequenzen für Strategie und Taktik

Diese ihre zentrale These ist – und das ist eine Schwäche des Buches – nicht empirisch belegt. Andererseits wird sie aber durch so viele Beispiele und nachvollziehbare Überlegungen plausibel gemacht (S. 75–108), dass eine kritische Auseinandersetzung und empirische Überprüfung durch marxistische Theoretiker dringend ist. Denn wenn sie Recht hätten, dann hätte das grundlegende Bedeutung für die Strategie und Taktik der Kommunisten:

- Natürlich ist ein System wirtschaftlich erst am Ende, wenn es auch politisch am Ende ist. Es bricht nicht einfach zusammen, sondern muss revolutionär aufgehoben werden. Vor uns stünde aber wirtschaftlich die zwangsläufige Entwertung des aufgetürmten fiktiven Kapitals und nachfolgendes chronisches Siechtum.
- Alle Vorstellungen von einer Reformperspektive durch Beschneidung der Macht des Finanzkapitals hätten sich drastisch (wiedermal) als illusionär erwiesen. Der Spielraum des Reformismus aller Schattierungen wäre durch das ökonomische Siechtum äußerst begrenzt und damit ein Ende der Sozialdemokratie als sozialer Hauptstütze der Bourgeoisie absehbar.
- Die Gefahr eines Übergangs zur terroristischen Herrschaftsmethode des Kapitals stiege dramatisch.



- Der Kampf der Arbeiterklasse um soziale Verbesserungen und Reformen rückt enger an die Machtfrage heran.

Natürlich können die Thesen von Lohoff und Trenkle allenfalls einen Beitrag zur Erkenntnis der heutigen Wirklichkeit leisten – nicht mehr, weil diese nicht ohne die von ihnen abgelehnten Kategorien der Leninschen Imperialismustheorie zu beschreiben ist. Was hindert uns aber, ihre richtigen aktuellen Teilerkenntnisse gegen ihren Willen in den richtigen Zusammenhang zu stellen? Zum Beispiel: Die wertschaffende Arbeit vernichtende dritte industrielle Revolution findet real unter den von Lenin beschriebenen staatsmonopolistischen Bedingungen statt. Die IT-Revolution führt zu einem weiteren Sprung bei der schon von Lenin beschriebenen Dominanz des Kapitalexports, weil erst die IT-Revolution eine weltweite „just-in-time“-Steuerung der Produktion ermöglicht. Die Ungleichmäßigkeit der

Entwicklung, die den Zwang zur Neuaufteilung der Macht und Einflussphären begründet, ist aktuell auch davon mitgeprägt, dass einige imperialistische Länder stärker als andere an der Aufblähung des Finanzsektors beteiligt waren und ihnen das auf die Füße fällt.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Ernst Lohoff, Norbert Trenkle (Gruppe Krisis), Die große Entwertung: Warum Spekulation und Staatsverschuldung nicht die Ursache der Krise sind, Münster (Unrast) 2012
- [2] MEW 42, S. 601
- [3] „In dem Maße aber, wie die große Industrie sich entwickelt, wird die Schöpfung des wirklichen Reichtums abhängig weniger von der Arbeitszeit und dem Quantum angewandter Arbeit als von der Macht der Agentien, die während der Arbeitszeit in Bewegung gesetzt werden und die selbst wieder (...) abhängt vom allgemeinen Stand der Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie, oder der Anwendung dieser Wissenschaft auf die Produktion. (...)“

(Der Arbeiter) tritt neben den Produktionsprozess, statt sein Hauptagent zu sein. In dieser Umwandlung ist es weder die unmittelbare Arbeit, die der Mensch selbst verrichtet, noch die Zeit, die er arbeitet, sondern die Aneignung seiner eignen allgemeinen Produktivkraft, sein Verständnis der Natur und die Beherrschung derselben durch sein Dasein als Gesellschaftskörper (...) die als der große Grundpfeiler der Produktion und des Reichtums erscheint. Der Diebstahl an fremder Arbeitszeit, worauf der jetzige Reichtum beruht, erscheint miserable Grundlage gegen diese neuentwickelte, durch die große Industrie selbst geschaffen. Sobald die Arbeit in unmittelbarer Form aufgehört hat, die große Quelle des Reichtums zu sein, hört und muss aufhören, die Arbeitszeit sein Maß zu sein und daher der Tauschwert (das Maß) des Gebrauchswerts. Damit bricht die auf dem Tauschwert ruhende Produktion zusammen (...)“ (Grundrisse, MEW 42, S. 600 f)

- [4] z. B. Andre Gorz, Jeremy Rifkin u. a.



Stephan Müller

LEERE VERSPRECHUNGEN

Antwort auf den Appell, sich mit dem Buch „Die große Entwertung“ auseinander zu setzen.

Der Untertitel des 2012 erschienenen Buches „Die große Entwertung“ von Ernst Lohoff und Norbert Trenkle von der Gruppe „Krisis“ ist vielversprechend: „Warum Spekulationen und Staatsverschuldung nicht die Ursache der Krise sind“. Diese seien nicht Ursache, sondern „in Wahrheit nur Symptome eines viel tiefer reichenden Krisenprozesses“ [1] der drohe, „die Weltwirtschaft in den Abgrund zu ziehen“. Den Krisenprozess zu erklären, sei weder der Volkswirtschaftslehre gelungen, noch dem „traditionellen Marxismus“, der – „dem Klassenkampf verhaftet“ – „hoffnungslos überholt“ sei (S. 16 f). Die Verfasser versprechen die Erklärung in Weiterentwicklung eines nicht als überholt eingeschätzten Teils der Marxschen Theorie.

Der Anspruch von Lohoff/Trenkle interessiert, weil er verspricht, auf Grundlage der Marxschen Wertlehre

einige drängende Fragen zu beantworten: Welchen Charakter trägt die zunehmend vor allem durch Massenarbeitslosigkeit sichtbare strukturelle, sich über die Krisenzyklen hinziehende Krise des Kapitalismus? In welchem Zusammenhang stehen damit einerseits die in der umfassenden Anwendung der Mikroelektronik fassbare Entwicklung der Produktivkraft, und andererseits die überproportionale Zunahme der Finanzwirtschaft?

Die zentrale These des Buches ist, dass durch die Entwicklung der Produktivkraft in den letzten Jahrzehnten mit der umfassenden Anwendung der Mikroelektronik Rationalisierungseffekte eintreten, die durch Erweiterungsinvestitionen nicht ausgeglichen werden können. Die Masse des Mehrwerts ginge deshalb gegen Null, der Kapitalismus komme so an sein Ende. Dieses würde bisher nur aufgeschoben

durch das überproportionale Wachstum des fiktiven Kapitals.

Geht dem Kapital die Arbeit aus?

Der erste Teil der zentralen These, unter dem Titel „dem Kapital geht die Arbeit aus“, wird erläutert in einer Gegensatzbildung zwischen den Zeitabschnitten von den 20er bis zu den 70er Jahren einerseits und der Zeit danach andererseits. Die Zeit ab den 70er Jahren wird dabei in Anlehnung an den gleichnamigen Bestseller von Jeremy Rifkin als „dritte industrielle Revolution“ bezeichnet, mit der ein „Produktivkraftschub“ durch „Informations- und Kommunikationstechnologie“ (IuK) eintritt.

Im Gegensatz zum davor liegenden Zeitabschnitt des „Fordismus“, gekennzeichnet durch die Fließbandproduktion, werde durch den IuK-Produktiv-

kraftschub – so die These – „die lebendige Arbeit aus den Kernsektoren der Kapitalverwertung verdrängt (...) und damit eine unumkehrbare Abschmelzung der Wertschöpfung eingeleitet“ (S. 75).

Im Produktivkraftschub des „Fordismus“ sei das seinerzeit verhindert worden, weil neue Produkte – vom Staubsauger bis zum PKW – den Massenkonsum angestoßen hätten. Deshalb wurden neue Schichten aus Landwirtschaft und Handwerk in den kapitalistischen Verwertungsprozess eingeschoben. Deren Löhne hätten Kaufkraft für den Massenkonsum erzeugt, und so eine letzte „Akkumulationsdynamik“ in Gang gesetzt. Die Ursache für die derzeitige „tiefer reichende Krise“ ist also nicht die beschränkte Massenkraft durch die Kapitalakkumulation selbst, sondern fehlende Produktinnovation. Die Integration von IuK in Produktionsprozesse vernichtete gesetzmäßig (!) mehr Arbeitsplätze, als durch Produktion von Handys etc. geschaffen werden. Für diese Behauptung fehlt jeder Beleg. Die Produktivkraftentwicklung der letzten Jahrzehnte – per Definition Abnahme durchschnittlich notwendiger Arbeitszeit pro Produkt – wird mit Beispielen aus Rifkins Bestseller von 1995 „Das Ende der Arbeit“ [2] illustriert. Belege, warum dort notwendig mehr Arbeitskraft eingespart wird, als in die Herstellung neuer Produkte geht, fehlen schlicht. Rifkin selbst, der ebenso gefeierte, wie seichte EU-Berater [3], hat inzwischen seine Meinung angepasst und verheißt: „Die DIR [Dritte Industrielle Revolution, d. Verf.] wird tausende neuer Unternehmen und Millionen Arbeitsplätze schaffen (...)“ [4]. Warum es nicht die fehlende kaufkräftige Nachfrage, sondern die fehlenden Produkte sind, die die Kapitalisten vom Investieren abhalten, wird nirgends auch nur ansatzweise plausibel gemacht.

Völlig unplausibel ist auch die Behauptung, der Einbezug von vielen hundert Millionen Menschen in den kapitalistischen Verwertungsprozess in so genannten „Aufsteigerländern“ sei nicht wertschöpfend (S. 98 ff). Hierzu wird zunächst auf die niedrige Produktivität in China verwiesen, dann wird konstatiert – ohne jeden Beleg und gegen jede Anschauung – im „Fordismus“ sei die Produktivität homogen gewesen, und deshalb könne man China und

andere Länder mit niedriger Produktivität vernachlässigen. Schließlich wird auf die steigende Produktivität in China verwiesen, die wieder Arbeitskraft freisetzt, und so beitrage „die Wertmasse abzuschmelzen“, die vorher gerade wegdefiniert wurde.

Finanzkapital ohne Imperialismus?

Ein Reiz des Ansatzes von „Krisis“ liegt auch in dem Versprechen, die grundlegende marxistische Analyse auf Wertebene mit den schillernden, allseits beschriebenen Blüten des rapide zunehmenden Handelns mit „Finanzprodukten“ zu verbinden. Der Marxist denkt dabei an Aktien und Schuldverschreibungen, die von Marx unter den Begriff des fiktiven Kapitals gefasst werden. Das fiktive Kapital ist an die Wertproduktion gebunden, als Vorgriff auf erst zu produzierenden Wert. Seine Bewegungen wirken aber durchaus ein auf die tatsächliche Akkumulation, sei es als Schrittmacher oder Bremse, alles durchaus richtige Feststellungen.

Spannend ist, was man damit macht. Lohoff/Trenkle machen sich zunächst über den Unsinn des Begriffes von Reichtum und Wert in der bürgerlichen Wissenschaft lustig. Sie versprechen nun eine konkrete Analyse ohne die Leninschen Begriffe von Imperialismus und Finanzkapital, das mehr umfasst als eine elastische, letztlich aber unzerreißbare Verbindung von Bank- und Industriekapital. Dafür ersetzen sie den Begriff des fiktiven Kapitals mit einer „Ware zweiter Ordnung“. Allein mit dem Instrument der „Ware zweiter Ordnung“ – unter Vernachlässigung der ungleichmäßigen Entwicklung und der Teilung „nach der Macht“, also Charakteristika des Imperialismus – konkrete Historie zu erklären und Zukunftsschau zu betreiben, erweist sich als schwierig. Die Autoren sagen richtig, dass das Spiel mit dem fiktiven Kapital immer weiter gehen kann, solange Dritte sich auf Transaktionen einlassen, in denen sie fiktives Kapital als tatsächliches Geldkapital akzeptieren, weil sie von dessen Realisierbarkeit ausgehen. Auch kann man bestätigen, dass es realwirtschaftliche Hoffnungsträger geben muss, auf die sich die Erwartung an zukünftige Profite richten kann.

Der letzte Hoffnungsträger dieser Art – bis Anfang der 70er Jahre – soll die so genannte zweite industrielle Re-

volution, der Fordismus gewesen sein, die dritte könne das nicht mehr leisten, wird aufbauend auf den ersten Teil ihrer Kernthese behauptet. Die Entwicklung des fiktiven Kapitals habe maskiert, dass es eigentlich schon vor 40 Jahren hätte mit dem Kapitalismus zu Ende sein müssen. Aber warum soll dieses Spiel nicht so weitergehen? Wo ist die von den Autoren propagierte „logische Grenze“ für die Vorgriffslogik, also für die „Mobilisierung einer imaginären kapitalistischen Zukunft“? (S. 159)

Wir haben sie in den weiteren Ausführungen nicht wie versprochen gefunden. Da ist zwar die Rede von der Endlichkeit der Welt (und die Sonne geht auch irgendwann aus), aber eine in das aktuelle Geschehen einzuordnende „logische Grenze“ ist das nicht. Tatsächlich wird die konkrete Entwicklung auch nicht von solchen Grenzen bestimmt, sondern von der Entwicklung der Widersprüche. Es kracht – um bei der Finanzkrise zu bleiben – im Austausch und bei der Akzeptanz der Eigentumstitel, wenn das zeitweilige Bündnis zwischen imperialistischen Räubern platzt, sei es, weil einer die Chance sieht, den anderen zu vernichten, oder so mit dem Rücken zur Wand steht, dass er ausscheren muss.

Drängende Fragen bleiben offen

Die Versprechen, die Krise zu erklären, werden nicht eingelöst. Statt die eingangs genannten drängenden Fragen einer Antwort näher zu bringen, stiften die Autoren, bzw. die Gruppe Krisis, allenfalls Verwirrung. Wir haben uns weder von der Vermischung bürgerlicher und bei Marx entnommener Begrifflichkeit, noch von dem Fehlen empirischer Untersuchungen abschrecken lassen und versucht, die Hauptargumente der Verfasser auf Plausibilität zu prüfen, die einigen Genossen beim ersten Lesen gegeben schien. Plausible Argumentationen haben wir nicht gefunden.

Das Buch „Die große Entwertung“ hilft uns bei der Diskussion „Welcher Imperialismus, welche Krise“ nicht weiter. Das ist bedauerlich, denn die Diskussion muss weiter geführt werden. Die Auseinandersetzung – nicht zuletzt in der DKP selbst – hat gezeigt, dass die Krisenanalyse Folgen für Strategie und Praxis hat.



Quellen und Anmerkungen:

- [1] Zitate sind, wo nicht anders bezeichnet, dem besprochenen Buch entnommen.
[2] Jeremy Rifkin, Das Ende der Arbeit (voller Titel: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft: Neue Konzepte für das 21. Jahrhundert;

Originaltitel engl.: The End of Work: The Decline of the Global Labor Force and the Dawn of the Post-Market Era) ist ein 2005 in deutscher Übersetzung erschienenes Buch des US-amerikanischen Autors Jeremy Rifkin

[3] Vgl. Andreas Wehr: Der europäische Traum, Papyrossa 2013

[4] Handelsblatt 7./8./9. Februar 2014, S. 72



Peter Willmitzer, Renate Münder

DEUTSCHER IMPERIALISMUS AUF DEM VORMARSCH – DER SIEMENS-KONZERN GREIFT AN!

Der Siemens-Vorstandsvorsitzende Joe Kaeser, ein enger Vertrauter der Familie Siemens, die schon länger auf eine höhere Profitmarge drängte, hat gewaltige Umbaumaßnahmen des deutschen Großkonzerns und Monopolkapitalisten angekündigt. Der Vorstandsvorsitzende will durch Abbau der Bürokratie die Kosten drücken: 10.000 oder mehr Kollegen sollen auf andere Posten umgesetzt oder entlassen werden. Gleichzeitig bereitet der Konzern den Einstieg in das Fracking-Geschäft vor. Informationen über den Umbau werden auch von den IG Metall-Spitzenleuten, die im Aufsichtsrats-Präsidium sitzen, vertraulich behandelt [1]. Bis 2020 sollen 30 % der Siemens-Geschäftseinheiten außerhalb Deutschlands angesiedelt sein. Dabei will Kaeser eine offene Konfrontation mit der Belegschaft vermeiden – im Gegenteil, diese soll durch Prämien und Belegschaftsaktien geködert werden, sich für „Unser Siemens“ einzusetzen.

Siemens – ein imperialistischer Leitkonzern

Der Siemens-Konzern ist ein Leitkonzern des deutschen Imperialismus [2]. Er gehörte zu den ersten transnational agierenden Industrieunternehmen Europas, der schon 1863 mit dem Kapitalexport in Form von Niederlassungen im Ausland begann. Die Historie von Siemens liefert ein Lehrstück für die Aktualität der marxistisch-leninistischen Imperialismus-Theorie. Im imperialistischen Stadium des Kapitalismus entfaltet sich das kapitalistische Monopol als das weitest entwickelte kapitalistische Produktionsverhältnis: „Das Monopol ist der Übergang vom Kapitalismus zu einer höheren Ordnung.“ Wichtig für die Analyse der aktuellen Situation ist aber auch der vorherige Satz in

Lenins Imperialismusschrift: „Zugleich aber beseitigen die Monopole nicht die freie Konkurrenz, aus der sie erwachsen, sondern bestehen über und neben ihr und erzeugen dadurch eine Reihe besonders krasser und schroffer Widersprüche, Reibungen und Konflikte“ [3]. Das kann anhand von Siemens ausgezeichnet dargestellt werden. So hatte Lenin bereits 1916 jenes Konkurrenzverhältnis zwischen Siemens und dem US-Konzern General Electric (GE) hervorgehoben [4], das auch heute entscheidend für die Analyse der Konzernpolitik ist.

Agenda „Siemens 2014“

Der aktuelle Konzernumbau ist ein Angriff auf die Arbeiterklasse in Deutschland und vielen anderen Ländern, und er zeigt die bedrohliche Entwicklung der imperialistischen Konkurrenz. Schon 2002 orientierte der damalige Vorstandschef Heinrich von Pierer darauf, General Electric zu überholen bzw. den Profit mindestens auf das Niveau von GE zu bringen. Nach Jahren sinkender Börsenkurse war der Verkauf von Nokia Siemens Networks für Siemens ein Befreiungsschlag – die Drecksarbeit erledigte Nokia für Siemens. Doch noch 2012 lag Siemens – u. a. durch die Korruptionsaffären – mit „nur“ 6 Prozent Umsatzrendite abgeschlagen hinter GE (9 Prozent). Jetzt will Kaeser zum entscheidenden Schlag ausholen. Pierer war mit dem Schlachtruf „Beat General Electric!“ noch untergegangen, da er damit die Gegenreaktion des US-Imperialismus provozierte: Auf Klagen der US-Börsenaufsicht hin musste der Siemens-Clan im Sturm der aufgewirbelten weltweiten Korruptionsklagen Pierer zurückziehen und mit dem GE-erfahrenen Löscher für Ruhe sorgen.

Jetzt sieht man die Zeit gekommen, mit Kaeser auf Attacke umzuschalten. Das Programm „Siemens 2014“, das noch Löscher auf Kaesers Druck initiierte, sollte Einsparungen von sechs Milliarden bringen, die neuen Maßnahmen sollen nun eine weitere Milliarde einsparen helfen. Kaeser war mit dem Versprechen angetreten, keine neuen Sparprogramme aufzulegen, deshalb steht in seinem Mitarbeiterbrief vom 7.5.2014 nichts von der zusätzlichen Milliarde. Das Programm wird einschneidende Folgen haben, vor allem bei der Verwaltung sollen die Einsparungen erfolgen.

Kampf um Alstom

Eine wichtige Rolle beim Konzernumbau soll der Alstom-Deal spielen. Der französische Konzern soll sein Energiegeschäft an Siemens ausliefern und bekäme dafür die Bahntechnik (ICE), die nur mäßige Margen ausweist. Kaeser könnte damit zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Er arrondiert das Kerngeschäft „Elektrifizierung“, wie er es nennt, das wichtig für die auch im Interesse von Siemens eingeleitete „Energiewende“ ist. Und er wehrt mit Hilfe der französischen Regierung den Angriff des weltweit größten Elektrokonzerns General Electric (USA) ab, der sich den angeschlagenen Alstom-Konzern einverleiben will. Ein Angriff, der letztlich Siemens gilt, noch dazu in Europa – wo die EU doch angetreten ist, um die US-Konzerne zu übertrumpfen. Mit der Energiesparte von Alstom könnte Kaeser die Monopolstellung bei Gaskraftwerken weiter ausbauen und so am Gasgeschäft teilhaben. Gelingt der Alstom-Deal, dürfte Siemens seinem Ziel, GE zu schlagen, ein großes Stück näher gekommen sein.

Doch wer den Zuschlag erhält, ist im Moment noch offen. 2004 verhinderte die französische Regierung die Einverleibung von Alstom durch Siemens. Damals sprang rettend der französische Staat bei Alstom ein. Heute will die französische Regierung die „Hilfe“ durch Siemens. Für die Belegschaft ist die Wahl zwischen dem US-amerikanischen und deutschem Imperialismus die Wahl zwischen Pest und Cholera. Einer der größten deutschen Industriekonzerne will die in der Krise gewachsene Macht der BRD nutzen, um sich in eine bessere Profitposition gegen den Erzrivalen GE aus den USA zu bringen und sucht das Bündnis mit dem geschwächten französischen Partner und zugleich Konkurrenten. Dabei wollen nicht alle Anteilseigner von Alstom das Bündnis mit dem gefährlich starken deutschen Nachbarn. Durch die ungleiche Entwicklung in der EU ist der französische Imperialismus ins Hintertreffen geraten. Die Spannungen zwischen der französischen und der deutschen Finanzoligarchie um die Hegemonie in Europa werden heftiger. Die Beschäftigten von Alstom sind hier nur ein Spielball der imperialistischen Interessen.

Einstieg beim „Fracking“

Aber auch weltweit drängt Siemens auf die Neuaufteilung des Weltmarkts. Der Konzern hat sich in Osteuropa gestärkt und dringt weiter nach Asien vor. Den Auftrag über den größten Windpark der USA (!) hat der Konzern dem Konkurrenten General Electric weggeschnappt. Er macht Geschäfte mit Peking und auch mit Moskau. Bei beiden ging es vor allem um den Verkauf von Gaskraftwerken, bei denen Siemens führend ist.

So will Siemens beim umweltzerstörerischen Geschäft des „Fracking“, der Schiefergasförderung, einsteigen. Der Konzern hat vor, vom boomenden US-Geschäft zu profitieren, das Milliarden Euro und Dollar verheißt. Als neues Vorstandsmitglied wurde deshalb Lisa Davis, bisher Strategiechefin des Shell-Konzerns und Fracking-Spezialistin, engagiert.

Auch hier sind widersprüchliche Interessen gegenüber General Electric erkennbar, wie sie zuletzt in der Neuauflage des russisch-ukrainischen „Gasstreits“ offenbar geworden sind.

Das Geschäft gigantischen Ausmaßes ist besonders heikel, weil es auch militärstrategische Konsequenzen hat. US-Energiekonzerne wie GE wollen Russland vom europäischen Markt verdrängen, durch Fracking und Flüssiggas wieder zum Nettoenergieexporteur aufsteigen und die bisherige Versorgung Westeuropas durch sibirisches Erdgas zurückfahren. Deutsch-europäische Energieriesen wie Siemens haben aber ein Interesse daran, weiterhin gute Geschäfte mit Gazprom zu machen. Daher kommt die gegenwärtige antirussische Hetze auch den Interessen des Siemens-Konzerns wenig entgegen [5]. Aber um die in Deutschland vorherrschende Skepsis gegen die Fracking-Technologie zu zerstreuen, behauptet der Konzern in der Öffentlichkeit und gegenüber der Belegschaft wiederum gerne, dass sich die EU und BRD nur so vom russischen Erdgas unabhängig machen könne. Das verkauft sich besser als die Kooperation mit Gazprom gegen die US-amerikanische Konkurrenz, um die es aber eigentlich geht.

Kaeser weiß genau, warum er den Betriebsrat und die IG Metall-Führung ins Boot holen will, und warum er für die Belegschaft Prämien und Belegschaftsaktien im Wert von 400 Mio. pro Jahr in Aussicht stellt [6]. Im Handelsblatt nimmt Kaeser am 10.5.2014 zu seinen Beweggründen Stellung: „Wichtig ist nicht, ob mich alle bei Siemens gut kennen. Viel wichtiger ist, dass ich meine Leute bestens kenne. Für meine Arbeit ist entscheidend, darüber Bescheid zu wissen, wie weit ich gehen kann, ohne die Unterstützung meiner Mitarbeiter zu verlieren.“

Jahr des Widerstands?

Der Konzern-Betriebsrat von Siemens hat gegen eine Beteiligung des Konzerns am „Fracking“ Stellung genommen. Um Druck auf politische Gremien ausüben zu können und die öffentliche Meinung zu beeinflussen, ist außerdem die Zusammenarbeit mit den Bürgerinitiativen gegen Fracking oder mit Vertretern von Umweltorganisationen wichtig.

Wenn das vom Gesamtbetriebsrat schon 2013 prognostizierte „Jahr des Widerstands“ Gestalt annehmen soll, müssen die Siemens-Kolleginnen und Kollegen in der IG Metall aber vor allem deutlich machen, dass Widerstand

konkrete Kampfmaßnahmen erfordert. Und da der Konzernumbau ein Angriff auf alle Siemens-Standorte bedeutet, muss der Widerstand über die Grenzen hinaus geführt werden. Die streikenden Kolleginnen und Kollegen von Siemens Italien sind schon auf die Straße gegangen. Auch die Belegschaft von Alstom wehrt sich entschlossen – sie weiß, es ist egal, wer bei Alstom den Zuschlag erhält. Sie verhinderte die Auslieferung von Gasturbinen an die USA und weist den Weg: Auf Transparenten fordern die Kollegen „Generalstreik, was sonst?“

Der Aufbau einer Widerstandsfront, die Standorte übergreifend, international gegen den Konzern kämpft ist von zentraler Bedeutung. Denn: Die Entwicklung zum monopolistischen Kapitalismus ist ebenfalls eine in internationalen Dimensionen. Monopole wie Siemens teilten die Welt unter sich auf. Lenin sprach von einem „internationalen Kapitalismus“ und erklärte, dass es „unsinnig“ sei, „vom Imperialismus zu sprechen und dabei die Lage nur eines Landes zu sehen, während doch die kapitalistischen Länder aufs engste miteinander verknüpft sind“ [7]. Die von Lenin erkannte fortschreitende Internationalisierung des Kapitals, die im Imperialismus „eine neue Stufe der Weltkonzentration des Kapitals und der Produktion, eine unvergleichlich höhere Stufe als die vorangegangenen“ [8] erreicht, und die Herausbildung internationaler staatsmonopolistischer Strukturen erfordern die Verbindung von nationalem und internationalem Widerstand der Arbeiterbewegung. Wenn „die Produktivkräfte des Weltkapitalismus über die engen Schranken der nationalstaatlichen Gliederung hinaus“ wachsen [9], ist es in diesem Zusammenhang unabdingbar, dazu auch internationale Formen des Widerstands zu entwickeln.

** Der Artikel ist eine erweiterte Fassung des Antrags des Betriebsaktivs der DKP München an die 8. PV-Tagung, nachzulesen in den DKP-Informationen 3/2014 vom 22. Mai, allerdings ohne die ausführliche Begründung, die nicht mitbeschlossen wurde. Er soll insbesondere Gruppen an Siemens-Standorten Material für Flugblätter zu den Hintergründen des Konzernumbaus liefern, um damit den Widerstand der Kolleginnen und Kollegen zu unterstützen. (siehe auch betriebsaktiv.de)*



Quellen und Anmerkungen:

- [1] Die Abbaumaßnahmen waren den Aufsichtsratsmitgliedern schon vor der Betriebsratswahl bekannt! Sie hielten sie im Einvernehmen mit Kaeser geheim.
- [2] Schlichte Gemüter eines Münchner Instituts für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung mögen hier einwenden, dass Siemens schon allein deswegen kein Leitkonzern des deutschen Imperialismus sein könne, weil die Eigentümerfamilie gerade einmal lediglich 6 Prozent der Aktienanteile hält und das Unternehmen überwiegend „in ausländischer Hand“ sei. Sie übersehen dabei jedoch, dass a) die Siemens-Familie damit immer noch der größte und daher eben auch einflussreichste Einzelaktionär ist und dass b) der Konzern sich über-

wiegend in Streubesitz befindet (als Streubesitz gilt alles unter 5 Prozent), was nicht zwangsläufig eine Kontrolle durch ausländisches Kapital bedeutet, sondern eine „Managerkontrolle“ im Sinne einer gemeinsamen Kontrolle der jeweiligen Industrie- und Bankmanager. Vgl. hierzu auch die diversen instruktiven Arbeiten der Genossin Beate Landefeld.

- [3] W. I. Lenin, Ausgewählte Werke Bd. I, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, S. 838, Berlin 1979
- [4] W. I. Lenin, Ausgewählte Werke Bd. I, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, S. 821, Berlin 1979
- [5] Siehe dazu auch: Klaus Wagener: Nicht nur „Planspiele“. Anmerkungen zur imperialistischen Geostrategie. In: UZ vom 9. Mai 2014, S. 10

- [6] Diese entsprechen, bei einem derzeitigen Börsenwert von ca. 80 Mrd. Euro, der Neuausgabe von max. 0,5 Prozent neuen Aktien im besten Jahr ($400 : 80000 = 0,5$ Prozent). D. h. wenn der Aktienkurs um 0,5 Prozent steigt, werden die Kosten damit aufgewogen.
- [7] LW Bd. 24, Siebente Gesamtrussische Konferenz der SDAPR (Aprilkonferenz), S. 227
- [8] W. I. Lenin, Ausgewählte Werke Bd. I, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, S. 826, Berlin 1979
- [9] LW Bd. 21, Die Konferenz der Auslandssektionen der SDAPR, S. 148



Andreas Wehr

NEIN ZUR DEUTSCH-EU

„Europa hat gewählt“ – doch was ist das Ergebnis? Gibt es einen Trend? Auf den ersten Blick nicht. In Deutschland sind die Sozialdemokraten die Gewinner, doch in fast allen anderen Ländern verlieren sie, teilweise sogar dramatisch. Rechtsradikale und rechtspopulistische Parteien erleben in Frankreich, Großbritannien, Dänemark, Österreich und anderswo einen Aufstieg, und in Italien ist es die politisch unbestimmt ausgerichtete 5-Sterne-Bewegung, die das Protestpotenzial an sich bindet. In Griechenland profitiert hingegen die linkssozialistische Syriza vom Protest gegen die unhaltbare soziale Situation des Landes. Nicht anders ist das Bild bei Konservativen, Liberalen und Grünen: Sie gewinnen mal hier und verlieren mal dort. Ähnlich sieht es auch bei den Linken aus. Stimmt also die bei Interpretationen der Wahlen zum Europäischen Parlament so oft bemühte Formel wieder einmal, dass die Wählerinnen und Wähler ihre Entscheidungen letztlich unter nationalen Gesichtspunkten treffen? Die Antwort darauf lautet: Ja und Nein.

Zunächst zum Nein: Ungeachtet gravierender politischer Unterschiede gibt es bei fast allen Siegern dieser Wahl eine Gemeinsamkeit: Es ist das Nein zu einer EU, die von Deutschland geführt wird. Darin spiegelt sich die

Tatsache, dass Berlin der große Gewinner der bisher tiefsten Krise in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg und die europäische Peripherie zugleich der Verlierer ist, wobei diese bereits jenseits des Rheins und direkt hinter den Alpen beginnt. Das Nein dieser Peripherie artikuliert sich auf unterschiedlichste Weise: „Wir werden die Euro-Zone verlassen“, hieß es bei Marine Le Pen vom Front National in Frankreich. Beppo Grillo von der 5-Sterne-Bewegung Italiens versprach: „Über den Fiskalpakt diskutieren wir nicht, wir zerfetzen ihn vor Merkel“. Und die Wahlkampfparole der griechischen Syriza lautete „Merkel oder Griechenland“. In Großbritannien setzte die UK Independence Party auf den traditionellen Isolationismus der Insel und gewann mit der Parole „Alleine sind wir besser“. Mit diesem gemeinsamen „Nein“ waren die Wahlen 2014 wahrscheinlich die europäischsten überhaupt in der Geschichte des Parlaments, hatten sie doch damit ein verbindendes Thema.

Nun zum Ja: Diese gemeinsame europäische Absage an Brüssel und Berlin ist ganz und gar nicht das, was die Europabefürworter im Sinn haben, sprechen sie von der Herausbildung einer europäischen Identität. Das Nein entfernt in der Tat die Staaten voneinander. Das kann in einer Krise nicht an-

ders sein, denn in solchen Phasen verschärfen sich die Gegensätze unter den Ländern, jedes Land kämpft für sich. Und für seinen jeweiligen Platz in der internationalen und europäischen Hierarchie ist eine andere Grundlage als seine allgemeinwirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Stärke eben nicht denkbar. Das ist das Gesetz des Kapitalismus und Imperialismus. Je nach Stärke der Klassen innerhalb der Länder werden diese Kämpfe von ganz unterschiedlichen Lagern angeführt. Geben in Frankreich, Großbritannien, Dänemark und Österreich rechte chauvinistische bzw. rassistische Kräfte nur vor, die entschiedensten Vertreter nationaler Interessen zu sein, so verteidigen in Griechenland, Portugal, Spanien und Irland die Linken tatsächlich die Souveränitätsrechte ihrer Länder. In Skandinavien versuchten beide Lager, mit ihrem Versprechen zu punkten, den national begründeten Sozialstaat dort zu verteidigen. In Italien ist noch nicht entschieden, wie sich die 5-Sterne-Bewegung am Ende positioniert.

Die Gewinne der unterschiedlichen, ja gegensätzlichen europakritischen Strömungen von rechts wie von links stören natürlich die europäischen Integrationisten. Und so hieß es schon vor den Wahlen, dass angesichts der zu erwartenden „Stärkung der Ränder“,

das proeuropäische Lager künftig noch enger zusammenrücken müsse. Und so war die diesjährige Wahl auch wieder eine ganz typisch europäische. Es waren nämlich Wahlen, bei denen der Gewinner bereits vorher feststand. Es ging allein darum, wer in der ewigen großen Koalition von Konservativen und Sozialdemokraten in Brüssel bzw. Strasbourg diesmal die Nase vorn hat. Seit 1979 geht das so, als das Parlament erstmals direkt gewählt wurde. Doch diesmal wollte man diesem bloßen Platzkampf, dem tatsächlich gar keine alternativen Konzepte zugrunde liegen, den Anschein eines echten Wahlkampfes wirklicher Spitzenkandidaten geben. Dem Sieger des Duells zwischen dem Konservativen Jean-Claude Juncker und dem Sozialdemokraten Martin Schulz war dafür das Amt des Präsidenten der

Europäischen Kommission in Aussicht gestellt worden. Das Ganze war von den Öffentlichkeitsarbeitern in Brüssel ausgedacht worden, um den Wähler Glauben zu machen, diesmal ginge es wirklich um etwas. „Du hast die Wahl!“ hieß es denn auch auf zehntausenden Plakaten in Deutschland.

Dass das Lager der Konservativen auch diesmal vorne liegt, kam nicht überraschend. Es bedeutet aber noch lange nicht, dass Juncker auch Kommissionspräsident wird, denn das Vorschlagsrecht dafür liegt beim Europäischen Rat, der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer. Doch wer auch immer vorgeschlagen wird, das Europäische Parlament wird jeden Vorschlag abnicken. Es ist eben ein Scheinparlament. Anschließend

wird man dort zur üblichen Tagesordnung übergehen. Und die besteht darin, die ewige große Koalition auch in den nächsten fünf Jahren am Laufen zu halten. Doch ihre Mehrheit ist mit den Wahlen am 25. Mai deutlich kleiner geworden, so dass es für die europäischen Integrationisten im Parlament, also für Konservative, Sozialdemokraten, Liberale und Grüne, ab jetzt deutlich mühsamer und damit auch ungemütlicher in Brüssel und Strasbourg werden wird.

Quelle: jW vom 26.5.2014

Wir danken dem Autor und der Jungen Welt für die Genehmigung zum Abdruck.



LITERATURTIPP

Peter Willmitzer

DGB HEUTE – ORDNUNGSFAKTOR, GEGENMACHT, AUSLAUFMODELL?

Das Verdienst des Herausgebers Burkhard Jakob ist es, dass der Band in zwölf Artikeln eine gute Übersicht über die Strömungen in den DGB-Gewerkschaften bietet, vom Reformismus bis zum Syndikalismus.

Als Einleitung des Bandes gibt der Artikel „Ordnungsfaktor? Gegenmacht? Bemerkungen zum Funktionswandel der DGB-Gewerkschaften“ von **Arno Klönne** einen Überblick über die Geschichte des DGB bis heute. Anfangs arbeitet er den Doppelcharakter der „Einheitsgewerkschaft“ heraus. Hervorzuheben ist die Darstellung der Brandt-Zeit mit ihren „Wilden Streiks“ in der Automobilindustrie, welche der Basis und den Vertrauensleuten zu großem Einfluss verhalfen. Hier hatte der „Ordnungsfaktor“ kurzzeitig versagt, die Gewerkschaftsführer waren einfach überrascht worden. Die „Gegenmacht“ blitzte auf. Über „Standortchauvinis-

mus“, ihr dialektischer Gegenpart, geht es zur Agenda 2010 – das Pendel schlägt zurück.

Deren widerstandslose Hinnahme war eine „heftige Niederlage“ für die Gewerkschaften. Der DGB verlor an Einfluss, die Einzelgewerkschaften übernahmen viele seiner Funktionen. Dennoch, so Klönne, vertrauten vor allem die Stammebelegschaften, die Facharbeiter, weiterhin ihrer Gewerkschaft. „Gesellschaftspolitische Gegenmacht“ werde wohl kaum mehr von den Gewerkschaften erwartet. Aber auch als „Ordnungsfaktor“ hätten sie ausgedient, weil „der Finanzmarkt getriebene Kapitalismus“ diesen nicht mehr brauche. Dem muss widersprochen werden, zeigt sich doch an dieser Stelle eine Unterschätzung der Sozialdemokratie, wie sie im Sammelband immer wieder auftaucht. Die bei den Industriegewerkschaften und auch bei Verdi in

Tarifikämpfen zu beobachtende Streikbereitschaft wird immer wieder durch nächtliche Abschlüsse ausgebremst. Auch die Stellvertreterpolitik stärkt die Rolle als „Ordnungsfaktor“. (Ausführlich später bei Bigus.)

„Frauen und Gewerkschaften – Geschichte der sozialistischen Arbeitnehmerinnenorganisationen“. **Gina Losseff-Tillmanns** lenkt den Blick auf die Entwicklung der gewerkschaftlichen Frauenbewegung. Die Frage, warum die Frauen in der Gewerkschaft organisiert sein müssen, zieht sich durch Losseffs Ausführungen zur Geschichte des DGB. Nun, sie sind die halbe Revolution! Ausführlich wird berichtet vom Widerstand der männlich dominierten Arbeiterbewegung gegen die Gleichstellung der Frau, wie es sich z. B. im „Männerkollegium“ der ADGB-Führung zeigte. Beim Exkurs zu Clara Zetkin, lange Zeit Chefredakteurin der „Gleichheit“, wer-



den leider die Gründe für ihre Entlassung 1917 nicht dargestellt. Es fehlt die politische Auseinandersetzung in der SPD während der Kriegsjahre. So viel Platz müsste sein.

Vera Morgenstern schließt mit dem Beitrag „Zur Frauenpolitik des DGB“ an und beschreibt die damit verbundenen „Mühen der Ebene“. Ein fleißiges Zahlenwerk, das sie schließlich darlegen lässt, dass sich „zumindest bei der Themenbesetzung gewerkschaftliche Gleichstellungsarbeit auf Augenhöhe befindet“. Das „zumindest“ ist berechtigt, liegt doch der Frauenanteil in den DGB-Gewerkschaften erst bei 32,5 Prozent. Der Artikel läuft auf einen Wunschkatalog *nice to have* hinaus. Wie gerne hätte der Rezensent eine Standpauke von Losseff oder Morgenstern etwa in der Art gehört: Es ist die verdammte Pflicht der Kollegen, die Frauen bei der Reproduktionsarbeit zu entlasten, um Zeit für den gemeinsamen Kampf zu gewinnen!

Theodor Bergmann schreibt einen im Spektrum der Autoren sehr linken Beitrag zur „Einheitsgewerkschaft“. Klöne ergänzend z. B. beim Thema Streik! Politischer Streik? „Das Recht nimmt man sich!“ Unschwer ist heraus zu lesen, dass die Einheitsgewerkschaft von Anfang an eine sozialdemokratische Richtungsgewerkschaft war. Bergmann geißelt das Vorgehen des DGB gegen die kommunistischen Kollegen. Nicht nur in den 1950er Jahren, als diese vor allem in der IGM und der IG Bergbau großen Einfluss hatten, sondern auch in den 1970ern, als sie wieder aus den Gewerkschaften flogen. Konsequenz, dass er schließlich „eine Rückkehr zu klassenkämpferischen Strategien“ von den Gewerkschaften fordert. Bergmann: Die Erneuerung des DGB muss auf der Straße und im Betrieb stattfinden!

In dem korrekt überschriebenen Artikel „Deutsche Gewerkschaften und ImmigrantInnen ohne deutschen Pass“ rechnet **Peter Kühne** mit der restriktiven DGB-Politik zu den Arbeitsimmigranten ab. Fast ein Jahrzehnt dauerte es, bis das BetrVG von 1972 das passive Wahlrecht für diese sicherte. Den kämpferischen Kolleginnen und Kollegen nichtdeutscher Nationalität bescheinigt der Autor, die Sozialpartnerschaft sei in diesen Teil der Klasse damals nicht eingedrungen. Sie waren die Hauptträger der Streiks in der Autoindustrie nach

1970, von denen die IG Metall-Führung kalt erwischt wurde. Später allerdings wurden die Kollegen in den betrieblichen Interessenvertretungen integriert – auch ideologisch. Sehr hilfreich die Zusammenfassung der Ausländer-Gesetzgebung.

Der Herausgeber **Burkhard Jakob** befasst sich mit „Gewerkschaftlicher Bildungspolitik – Gewerkschaftsnaher Bildung“, die er definiert als „Grundwiderspruch erkennen – solidarisch Veränderung herbeiführen“. Ausführlich widmet er sich Viktor Agartz, dem sozialistischen „Chefideologen“ des DGB der 1950er Jahre. Ein Gegner der Remilitarisierung, eintretend für Sozialisierung, die die DGB-Spitzen hintertrieben, wenn auch wortradikal vertreten. Hochverratsprozess wegen Kontakt zum FDGB, Freispruch. Agartz war polarisierend, von den Gewerkschaftsmassen verehrt, bis die DGB-Führer ihn 1955 schassten. Anhand seiner Geschichte entwickelt Jakob die Mitbestimmungsdebatte dieser Zeit.

Davon ausgehend entrollt er faktenreich den Niedergang der Bildungsarbeit der ÖTV, die Verrechtlichung der Funktionärsseminare. Was der Verfasser aus eigener Erfahrung bei der IGM nur bestätigen kann. „Zwingend“ fordert er deren „Repolitisierung“. Die schließliche Empfehlung, „Gute Arbeit“ mitzugestalten, in „aktivierende Formen“ zu bringen, klingt gut. Doch bleibt offen: Aktivierung, Repolitisierung – wofür? Wohin?!

Frank Depppe, gewerkschaftspolitisches Urgestein, betrachtet die „Gewerkschaften im Wandel der Zeit“, ausgehend von der „Wende“. Ihrem letzten Erfolg, dem Kampf um die 35-Stundenwoche 1984, folgte die Zeit der Niederlagen und des Zurückweichens. „Der Osten wird zum Exerzierplatz für das Kapital“. Er konstatiert „Weltordnungskriege“ seit 9/11, bringt Worthülsen wie die „neuen Kapitalismusformen“, der „globale Finanzmarktkapitalismus“ auf den wichtigen Punkt: „Analyse der neuen Kräfteverhältnisse (...) Aufarbeitung der Niederlage des Sozialismus (...) Schaffung von Stützpunkten“ für diese schwierigen Aufgaben.

Erfrischend Deppes Abrechnung mit Schröder, Fischer und Riester. Er kennzeichnet die „Betriebsräte der Großbetriebe“ als „Machtzentren der

Gewerkschaft“, die das „Co-Management verinnerlicht“ hätten. IGM und Verdi müssten ihre „Abgrenzung (...) Entfremdung“ voneinander aufgeben, diese entscheidende Schwächung des DGB. Sich beim Stellen der Systemfrage bei Günter Grass zu bedienen, erscheint am Ende ein wenig zahm.

Achim Bigus erläutert „Betriebsratsarbeit: zwischen Mitbestimmung und Betriebsfrieden“. Der Begriff „Mitbestimmung“ löst unter Linken ja regelmäßig Kontroversen aus. Bigus weist ihr gleich am Anfang die Funktion zur Aushebelung des Streikrechts zu. Am Zeitstrahl entlang entwickelt er nun die grunddeutsche Mitbestimmung seit 1945. Seine Erfahrungen als BR bei Karmann und VW fließen ein. Beachtenswert und lehrreich seine Beschreibung der Rolle der Vertrauensleute: „Keine Opposition zum BR, sondern (...) eine Arbeitsteilung, die auch in betrieblichen Konflikten die zwei Seiten gewerkschaftlicher Arbeit wieder zusammenbringt, welche vom Arbeitsrecht getrennt werden (...)“ oder „den BR zum Jagen tragen“, wenn er sozialpartnerschaftlich orientiert ist. „Der eigentliche Interessengegner sitzt immer in den Vorstandsetagen.“ (siehe auch Willmitzer in T&P 33 zum Thema).

Martin Beckmann und **Wolfgang Uellenberg-van Dawen** befassen sich mit „Dienstleistungspolitik für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit“. Diese sei als „gewerkschaftliches Handlungsfeld“ zu erschließen. Leider bewegt sich beider Betrachtung auf dem Boden der bürgerlichen Ökonomie, so z. B. die Aussage, dass „drei Viertel der Wertschöpfung“ heute aus der „Dienstleistung“ kämen. Da kann man die Autoren nur fragen: Und wer schafft den Mehrwert? Die angeführten Reformvorschläge sind zweifellos im Kapitalismus zu erkämpfen. Aber es ist ein Kampf um Staatsknete, die den Monopolisten bzw. deren Profit abgerungen werden muss! „Gute Arbeit“ – die große, aktuelle Monstranz des DGB – muss sowieso dauernde Auseinandersetzung im Betrieb sein, und das auch im Krankenhaus und in der KiTa. Richtig betrieben, muss sie über den geforderten „aktiven Sozialstaat“ hinausweisen. Sonst bleibt sie im Bereich des Wunschkonzerts, in das der Artikel dann ausläuft.

Mag Wompe kritisiert in „Hoch die internationale Wettbewerbsfähigkeit?“ den „Pyrrhussieg“ des DGB und seiner Gewerkschaften. Deren Vorschläge zur „Jobrettung“ in der Krise waren natürlich höchst problematisch: Kurzarbeit, Lohnsenkung, Verzichtspakete wie Ergänzungstarifverträge. Thesenartig stellt Wompe dagegen, dass angesichts der „Globalisierung“ eine „echte Internationalisierung“ notwendig sei. Eine „starke internationale Gewerkschaftsbewegung“ sei „aber nicht in Sicht.“ Ja wie soll sie denn entstehen? Dazu wäre ein Beitrag im Sinne des proletarischen Internationalismus von der deutschen Arbeiterklasse nötig. „Der Kampf um Lohnarbeit“ verschärfe den „Ausbeutungsgrad“, so Wompe. Sollen die Arbeiter ihren (national begrenzten) Lohnkampf einstellen? Nur dieser setzt dem Ausbeutungsgrad Schranken. Sollen die Arbeiter bei Siemens und Alstom nicht um ihre Arbeitsplätze – um „Lohnarbeit“ natürlich – kämpfen? Es geht doch gerade in unserem Land darum, wieder den aufrechten Gang zu lernen, und nicht um ein internationalistisches Wolkenkuckucksheim. Gewerkschaftlicher Internationalismus ist, wenn uns französische, griechische, spanische Arbeiter zurufen: Fallt der europäischen Führungsmacht in den Arm – kämpft endlich! Das ist die Voraussetzung für den marxistischen Ruf: Nieder mit dem Lohnsystem!

Noch einmal nimmt der Herausgeber **Burkhard Jakob** das Wort, diesmal zu „Gespalterter Arbeitsmarkt und die kleine Konkurrenz mit Biss – Was tun?“ Gegen die Prekarisierung fordert er gewerkschaftlichen und politischen Kampf für ein Verbot der Leiharbeit, was Überzeugungsarbeit bei den Stammbe-

legschaften erfordere. Er zeigt auf, dass Widerstand möglich ist, auch in prekären Bereichen wie den Callcentern.

Seit 15 Jahren verzeichnen Spartengewerkschaften wie die GDL, der Marburger Bund und die Vereinigung Cockpit Mitgliederzuwächse dank ihres erfolgreichen „offensiven Auftretens“. Die Gegenbewegung des DGB war nicht Besinnung auf Kampf, sondern der Schulterchluss mit dem BDA zur „Tarifeinheit“, was den Gewerkschaften bzw. den kämpferischen Kollegen als Streikverbot auf die Füße fallen würde. Jakob weist den Weg, der auch von den Tankern IG Metall und Verdi einzuschlagen ist: Offensiv werden, wie es die „kleine Konkurrenz mit Biss“ vor-macht!

Heinz-Josef Bontrop und **Mohssen Massarrat**: „Arbeitszeitverkürzung und Ausbau der öffentlichen Beschäftigung jetzt! Manifest zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit“. An letzter, prominenter Stelle also ein „Manifest“. Gewerkschafter kennen die Rechenbeispiele, wie aus Massenerwerbslosigkeit Vollbeschäftigung würde, teilte man die gesamtgesellschaftliche Arbeitszeit nur „fair“ auf 30 Stunden wären als Normalarbeitszeit möglich, so die Autoren. Bei vollem Lohnausgleich natürlich. Mit einer akribischen Rechnung soll bewiesen werden, die Arbeitszeitverkürzung finanziere sich selbst. „Dieser Anspruch begründet sich durch eine verteilungsneutrale Teilung des Produktivitätszuwachses zwischen den Tarifpartnern.“ Dieser Kernsatz, der auch Grundlage der berühmten Lohnformel in den Tarifrunden ist, zeigt das Dilemma dieses „Manifests“. Arbeitszeit ist im Kapitalismus vor allem Ausbeutungszeit und zu

einem immer geringeren Teil notwendige Arbeitszeit – die Relation ist keine Rechenaufgabe im Elfenbeinturm, sondern Ergebnis des Klassenkampfes! Darin und nur darin liegt die „ganze Dimension der Forderung Arbeitsumverteilung durch Arbeitszeitverkürzung (...)“. Nicht in der „unternehmerischen Kreativität“, nicht darin, dass sich der Staat und die Parteien Arbeitszeitverkürzung auf „ihre Fahnen schreiben“.

Der Band ist eine Fundgrube für Kollegen, die sich in die Geschichte des DGB vertiefen wollen. Er gibt einen Überblick, wie die deutsche Gewerkschaftslinker zur Arbeiterbewegung steht. Wenig tiefgehend ist, wie sie aktuell zu handeln hat. Wie die von Klönne anvisierte Gegenmacht entwickelt werden muss, erläutert praxisbezogen nur Bigus. Die „Gute Arbeit“ ist in den DGB-Gewerkschaften gemeinsamer Nenner und zieht sich durch einige Artikel. Die Kampagne bleibt aber bei Lasalle stecken, wenn sie nicht die legalistischen Pfade verlässt. Sie kann auch „aktivierend“ sein, kann Kollegen in Bewegung bringen – ob im Kampf um Sicherheitsschuhe oder um den größeren Monitor – man sollte dabei aber nicht die Systemfrage vergessen, der sich der eine oder andere Autor vorsichtig nähert.

Trotz all dieser Vorsicht – „DGB heute“ kaufen!

Burkhard Jakob (Hg.): DGB heute – Ordnungsfaktor, Gegenmacht, Auslaufmodell? Pahl-Rugenstein 2013



T&P AUF DEM UZ-PRESSEFEST

**DIE REDAKTION VON T&P WIRD WIEDER MIT EINEM STAND
AUF DEM PRESSEFEST VERTRETEN SEIN.**

**AM SAMSTAG, DEN 28.6., STEHEN WIR AB 14 UHR BIS 16 UHR
IN DER EISLAUFHALLE FÜR EIN GESPRÄCH ZUR VERFÜGUNG.
WIR WÜRDEN UNS ÜBER ANREGUNGEN, KRITIK ABER VIELLEICHT
AUCH ERMUTIGUNG SEHR FREUEN.**

INHALT

<i>Renate Münder</i> Editorial	1
<i>Renate Münder</i> Hände weg von der Ukraine!	2
<i>Hans-Günter Szalkiewicz</i> Ukraine – Analyse der Kommunisten gefragt	3
<i>Klaus Linder</i> Ukrainischer Faschismus und Osteuropa-Strategie ..	5
<i>Dagmar Henn</i> Frühling im Südosten	7
<i>Mischa Aschmoneit</i> „Aber wollen muss man es schon ...“	8
<i>Mathias Meyers</i> Erinnern und analysieren	11
<i>AG Antifaschismus und Antirassismus der SDAJ</i> Aktionseinheit aufbauen – aber wie?	13
<i>Phillip Becher</i> Neoliberale Herrenrunde im Protest-Kostüm	15
<i>Hannes Fellner</i> „Allmächtig, weil sie wahr ist“	16
<i>Inge Humburg</i> Verwertungsbasis des Kapitals untergraben?	18
<i>Stephan Müller</i> Leere Versprechungen	20
<i>Peter Willmitzer, Renate Münder</i> Der Siemens-Konzern greift an	22
<i>Andreas Wehr</i> Nein zur Deutsch-EU	24
Literaturtipp	
<i>Peter Willmitzer</i> DGB heute – Ordnungsfaktor, Gegenmacht, ... ?.....	25

IMPRESSUM

www.theoriepraxis.wordpress.com

Herausgeber:

Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik,
V. i. S. d. P.: Renate Münder, 81669 München

Redaktion und Anzeigen:

Postanschrift: Renate Münder, St.-Cajetan-Straße 20,
81669 München, E-Mail: TundP-Box@web.de

Druck: Eigendruck

Auflage: 1400

Der Bezug ist unentgeltlich.

T&P erscheint einmal im Quartal.

Die Herausgabe der Zeitschrift ist ohne Spenden nicht möglich. Sie können überwiesen werden auf folgendes Konto:

Michael Beltz,
Spendenkonto Theorie & Praxis,
Konto-Nr. 419 702,
Sparkasse Gießen, BLZ: 513 500 25,
IBAN: DE62 5135 0025 0000 4197 02,
SWIFT-BIC: SKGIDE5F

Wer T&P aktiv unterstützen möchte, kann weitere Abonnenten gewinnen, eine Einmal-Spende überweisen oder besser einen Dauerauftrag einrichten. Auch für kleine Beträge sind wir dankbar.

Bei Abbestellungen, die schriftlich an die Redaktion oder per E-Mail an TundP-Box@web.de zu richten sind, wird um die Angabe der vollständigen Adresse gebeten.

Es wird auf die Internet-Präsentation der Zeitschrift unter www.theoriepraxis.wordpress.com verwiesen.

Für Verbesserungsvorschläge und kritische Hinweise ist die Redaktion dankbar.

Die Auffassungen der Autoren der Beiträge und die der Redaktion müssen nicht übereinstimmen.

Leserbriefe sind jederzeit willkommen, können jedoch beim gegebenen Umfang der Zeitschrift nicht immer veröffentlicht werden. Wir bitten um Verständnis.